



Ratsfraktion  
Düsseldorf **FDP**

# **BERICHT FÜR 2021**

Etatrede 2021 Ratsfraktion Ausschüsse Bezirksvertretungen Nachrichtenrückblick 2021

# INHALT

**1 REDE ZUM HAUSHALT 2022**

Von Manfred Jan Neuenhaus

**4 DIE FDP-RATSFRAKTION**

Unsere Arbeit im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

**SITZUNGSSTATISTIK DER FRAKTION**

Interessante Fakten zu Sitzungen und Gremien

**IHR KONTAKT ZUR FDP-FRAKTION**

Ihre Kontaktmöglichkeiten im Überblick

**5 RATSANFRAGEN UND -ANTRÄGE**

Auswahl an Themen für das Jahr 2021

**6 DIE ERWEITERTE FRAKTION**

Übersicht der Mitglieder

**8 DIE AUSSCHUSSMITGLIEDER**

Übersicht der Mitglieder in den Gremien

**10 DIE BEZIRKSVERTRETER:INNEN**

Liberale in den Bezirksvertretungen für Sie vor Ort

**12 NACHRICHTEN**

Der Jahresrückblick 2021

# POSITIONSPAPIER ZUM HAUSHALT 2022

Von Manfred Jan Neuenhaus



## Manfred Jan Neuenhaus Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Sie erreichen ihn unter [manfred.neuenhaus@duesseldorf.de](mailto:manfred.neuenhaus@duesseldorf.de)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren,

die FDP-Ratsfraktion wird den Haushalt 2022 ablehnen. Dieser Haushalt ist der Beginn einer Verschuldungsorgie wie Düsseldorf sie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr erlebt hat. Wenn Sie in die mittelfristige Finanzplanung sehen, dann stellen Sie fest, dass am Ende der Kooperation von CDU/Grünen Schulden bei Kreditinstituten in Milliardenhöhe stehen.

Alles was wir in 15 Jahren Koalition mit der CDU finanzpolitisch erreicht haben und auch in der „Ampel“ – Kooperation verteidigt haben, steht hier zur Disposition.

Die Schuldenfreiheit im Kernhaushalt ist (oder war) ein ganz wichtiger Faktor bei der Ansiedlung von Unternehmen in Düsseldorf. Die Schuldenfreiheit ist auch eine zentrale Frage der Generationengerechtigkeit. Die nächsten Generationen unsere Schulden abbezahlen zu lassen ist einfach nicht fair.

Ja, der Haushalt ist in der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt. Das ist aber nicht der Hauptgrund der katastrophalen Schieflage. Wir haben in den letzten 20 Jahren einen Düsseldorfer Standard aufgebaut, auf den wir als Freie Demokraten stolz sind, der die Investitionen und die freiwilligen Leistungen im Jugend- und Sozialbereich oder z. B. in der Kultur betreffen.

Alle diese Leistungen, die Düsseldorf ja besonders attraktiv und lebenswert machen, konnten wir nie aus dem laufenden Haushalt, also den Einnahmen, finanzieren. Sie wurden immer aus Sondererlösen finanziert, z. B. dem Stadtwerkeanteilverkauf, dem Verkauf der RWE-Aktien oder zuletzt dem Kanal-Deal.

### → **Schulden und Finanzen**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen,

Sie haben die Verantwortung für Düsseldorfs Finanzpolitik. Sie haben jetzt drei Möglichkeiten: In die Verschuldung gehen, radikal sparen oder neue Sondererlöse generieren. Bis jetzt lassen Sie alles treiben und handeln gar nicht. Damit können Sie sich so gerade bis 2025 retten, dann ist die Verschuldung so hoch, dass Sie sparen müssen. Bis zur nächsten Wahl hinterlassen Sie dann ein nicht gekanntes finanzielles Desaster, was zu drastischen Einschnitten bei den Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger führen wird.

Diesen Weg gehen wir Freien Demokraten nicht mit. Wir sind der Meinung, dass vernünftiges und sparsames Wirtschaften und auch die Suche nach neuen Sondererlösen der richtige Weg wären. Dass wir das können, das haben wir über 20 Jahre bewiesen.

Zum sparsamen Wirtschaften haben wir Ihnen heute die sogenannte Sunset-Klausel vorgeschlagen, d. h. städtische Zuschüsse werden in vielen Bereichen nur noch für bestimmte Zeiträume gewährt. Leider lehnen Sie diesen Vorschlag ab. Sie haben den Ernst der Lage noch nicht erkannt.

#### → Eigene Initiativen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir legen Ihnen heute einen Antrag zur Digitalisierung und zu Smart-City zur Abstimmung vor. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die bis 2025 vollständig digital arbeitet. Dies wäre zum Vorteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem aber zum Vorteil der Bürger und Bürgerinnen, denen wir viele Wege „zum Amt“ und viel Wartezeit ersparen wollen. Die Smart-City Strategie hat der Rat beschlossen, sie ist nach Fortfall der Förderung aber nicht ausfinanziert.

Wie schon im Kulturausschuss beantragt, wollen wir eine Rücknahme aller Kürzungen bei der FREIEN SZENE und teilweise eine Erhöhung der Ansätze.

Unser Antrag für mehr Mittel für das Projekt Stadt-Wald wäre der richtige Ansatz um unsere Stadt klimafest zu machen.

Wir beantragen wieder ein Wohnbauprogramm für bezahlbaren Wohnraum. Hier hat sich bei CDU/Grünen nichts Entscheidendes getan. Das gilt auch für die so wichtige Verlängerung der Rheinufersperrpromenade.

Wir setzen uns für die Rechte von Fußgängern und Fußgängerinnen ein. Es liegt uns fern Radfahrende und Zufußgehende gegeneinander auszuspielen. Aber der zunehmende Radverkehr hat die Probleme der Fußgänger im Straßenverkehr noch einmal drastisch verschärft. Hier müssen wir handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Schulneubau und die Schulgebäudesanierung (von der Ampel beschlossen) machen sehr gute Fortschritte. Die für die Verkehrswende so wichtigen neuen und zusätzlichen Fahrzeuge sind (auch noch von der Ampel) bestellt.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Packen wir es richtig an, kann Klimaschutz aber auch zu einer unserer größten Chancen beim weiteren Stadtbau werden. In der Klimapolitik hat Düsseldorf viele Projekte auf den Weg gebracht. Wann aber wo welche Maßnahme wirksam wird ist, freundlich gesagt, etwas sehr unübersichtlich. Wir unterstützen daher den Antrag auf Monitoring aller Beschlüsse des Rates zu diesen Themen.

Wir sind in unseren Leistungen im Sozialbereich und im Sport immer noch führend in NRW. Diese Stellung gilt es zu halten.

#### → Aktuelle Themen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sorge macht uns die zunehmende Gewalt in der Stadt. Neben unserer Forderung nach dem verstärkten Einsatz der Ordnungskräfte müssen wir uns auch mit dem

Phänomen der Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen beschäftigen. Die bisherigen Methoden in der Jugendarbeit reichen nicht aus. Wir würden das gerne mit Bund, Land und anderen Städten diskutieren.

Auch an anderen Stellen steht unsere Demokratie unter Druck. Querdenker, Impfgegner, Reichsbürger. Wir Freie Demokraten werden mit aller Kraft die Freiheit des Einzelnen und unsere offene Gesellschaft verteidigen. Der Einsatz für Vielfalt und Toleranz geht jeden an. Freiheit ist der zentrale Ausgangspunkt und Wert unserer Demokratie. Jede Form von Hass und Diskriminierung hat in unserer Stadt keinen Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir hatten vereinbart, unter den Bedingungen der Pandemie, die Haushaltsreden auf zehn Minuten zu begrenzen. Meiner Fraktion ist es ein großes Bedürfnis allen Menschen zu danken, die helfen die Pandemie zu bekämpfen, die trotz Risiken täglich ihren Job machen und in den Kliniken ihr Bestes geben, um zu helfen.

#### → **Resümee von 1 Jahr Schwarz/Grün**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist nicht alles schlecht was CDU und Grüne machen, aber manches fehlt, anderes können wir uns eigentlich nicht leisten, vieles könnten wir schneller und besser machen. Es ist eben schwer ohne FDP in der Regierungsmehrheit. Und ob die Entscheidung der Grünen die „Ampel“ nicht fortzuführen richtig war? Wir bezweifeln es jeden Tag mehr.

# DIE FDP-RATSFRAKTION

## Unsere Arbeit im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf



**Manfred Neuenhaus**  
Fraktionsvorsitzender



**Marie-Agnes Strack-Zimmermann**



**Mirko Rohloff**  
Stv. Fraktionsvorsitzender



**Monika Lehnhaus**



**Christine Rachner**



**Ulf Montanus**



**Felix Wilhelm Droste**



**Sebastian Rehne**



## Tagungen der FDP-Ratsfraktion 2021

- Der Rat hat im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 8 Mal getagt.
- Aufgrund der Coronapandemie konnten 2021 nicht alle planmäßigen Sitzungen der Ausschüsse, Unterausschüsse, Arbeitskreise sowie Bezirksvertretungen stattfinden.
- Die kleine Fraktion (Ratsmitglieder) tagte 36 Mal, teilweise digital/hybrid.
- Die Sitzungen der erweiterten Fraktion (sämtliche Mandatsträger) haben 18 Mal digital oder als Hybridsitzung (Analog+Digital) stattgefunden.

## Kontakt

Geschäftsstelle der FDP-Fraktion  
im Rathaus der Stadt Düsseldorf

Maren Stenzel  
Büroleiterin  
Telefon: 0211 89 23 122

Heike Lang  
Sekretariat  
Telefon: 0211 89 23 124

# RATSANFRAGEN UND -ANTRÄGE

## Auswahl an Themen für den Rat im Jahr 2021

### Februar

Haushaltsantrag der FDP: Bau von qualitativ guten und preiswerten Wohnungen - Wege aus der Krise I  
Haushaltsantrag der FDP: Verlängerung Rheinufersperrade, - Wege aus der Krise II  
Haushaltsantrag der FDP: Neubau des Opernhauses - Wege aus der Krise III  
Haushaltsantrag der FDP: Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen im Einzelhandel  
Haushaltsantrag der FDP: Projekt „Model City Düsseldorf“  
Haushaltsantrag der FDP: Förderung von Leistungstützpunkten

### März

Anfrage aus aktuellem Anlass: Sachstand Raumlüfter in Grundschulen  
Antrag der FDP: Konzept zur Neustrukturierung des Ordnungs- und Servicedienstes

### Juli

Anfrage der FDP: Perspektivische Ausrichtung des Gesundheitswesens in Düsseldorf

### September

Antrag der FDP: Fußgängerbeauftragte\*r für die Landeshauptstadt Düsseldorf und Einrichtung einer „Kleinen Kommission Fußverkehr“  
Antrag der FDP: Strategie gegen Gewalt in der Stadt  
Antrag der FDP: Verbesserung der Terminvergabe in den Bürgerbüros

### Dezember

Haushaltsantrag der FDP: Bau von qualitativ guten und preiswerten Wohnungen  
Haushaltsantrag der FDP: Förderung der Freien Szene  
Haushaltsantrag der FDP: Die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern in Düsseldorf zügig erhöhen  
Haushaltsantrag der FDP: Masterplan Digitalisierung – die Stadtverwaltung Düsseldorf wird bis zum Jahr 2025 vollständig digital  
Haushaltsantrag der FDP: Verlängerung der Rheinufersperrade  
Haushaltsantrag der FDP: Rücknahme aller Kürzungen im Kulturretat  
Haushaltsantrag der FDP: Rücknahme der Kürzungen i.H.v. 3.023.295 EUR im Produkt 2124101 Schülerbeförderung  
Haushaltsantrag der FDP: Förderung Smart-City  
Haushaltsantrag der FDP: Intensivierung des Projektes Stadt-Wald:Wald-Stadt  
Haushaltsantrag der FDP: Politik die rechnen kann - Zeitliche Befristungen von städtischen Zuschüssen und Kostenerstattungen an Dritte  
Haushaltsantrag der FDP: Mehr Transparenz im städtischen Haushalt

## Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf der Wahlperiode 2020-2025

Der am 13. September gewählte Stadtrat umfasst insgesamt 90 Mitglieder und bildet sich aus 11 Parteien. Bisher eingegangene Gruppen- und Listenverbindungen: Tierschutz/Freie Wähler (2 Sitze) und Die Partei-Klima (3 Sitze). Der Fraktionsstatus wird mit mindestens 3 Mandatsträger:innen erreicht. Die SPD-Volt Ratsfraktion hat sich nach Parteiwechsel eines Rats Herrn getrennt.

Die Partei 2

Freie Wähler 1

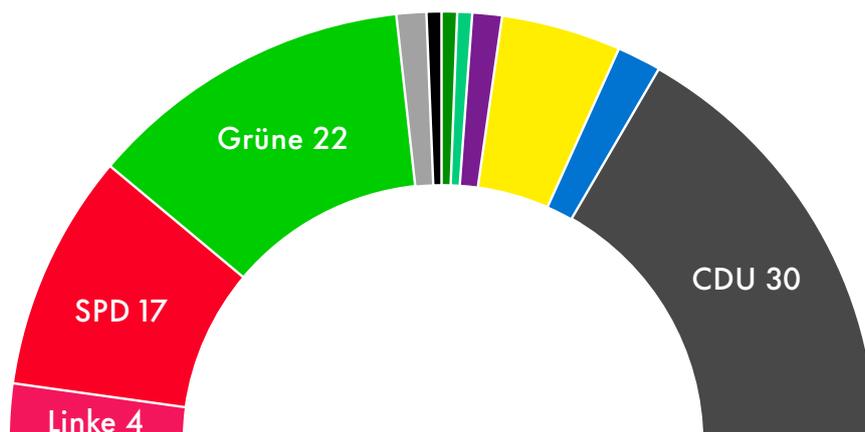
Klimaliste 1

Tierschutz 1

Volt 1

FDP 8

AfD 3



# DIE ERWEITERTE FRAKTION

## Übersicht der Mitglieder

### EIN STARKES BAND

André Witner



Laura Litzius



Karsten Dörjes



Linda Möller

Dr. Veronika Dübgen



Dagmar Saschek



Dr. Christoph Schork



Kerstin Meißler

Matthias Lambert



Felix Mölders





**Dr. Jürgen Degethoff**



**Karsten Körner**

**Marc Wilhelm Held**



**Markus Jaskolski**



**Thomas Nicolin**



**Rainer Matheisen**

**Piero Alessio**



**Maximilian Schade**



**Dr. Dominik Fanatico**



**Ingo Denzel**

**Anne Korenkov**



# AUSSCHÜSSE, MITGLIEDER UND VERTRETUNGEN

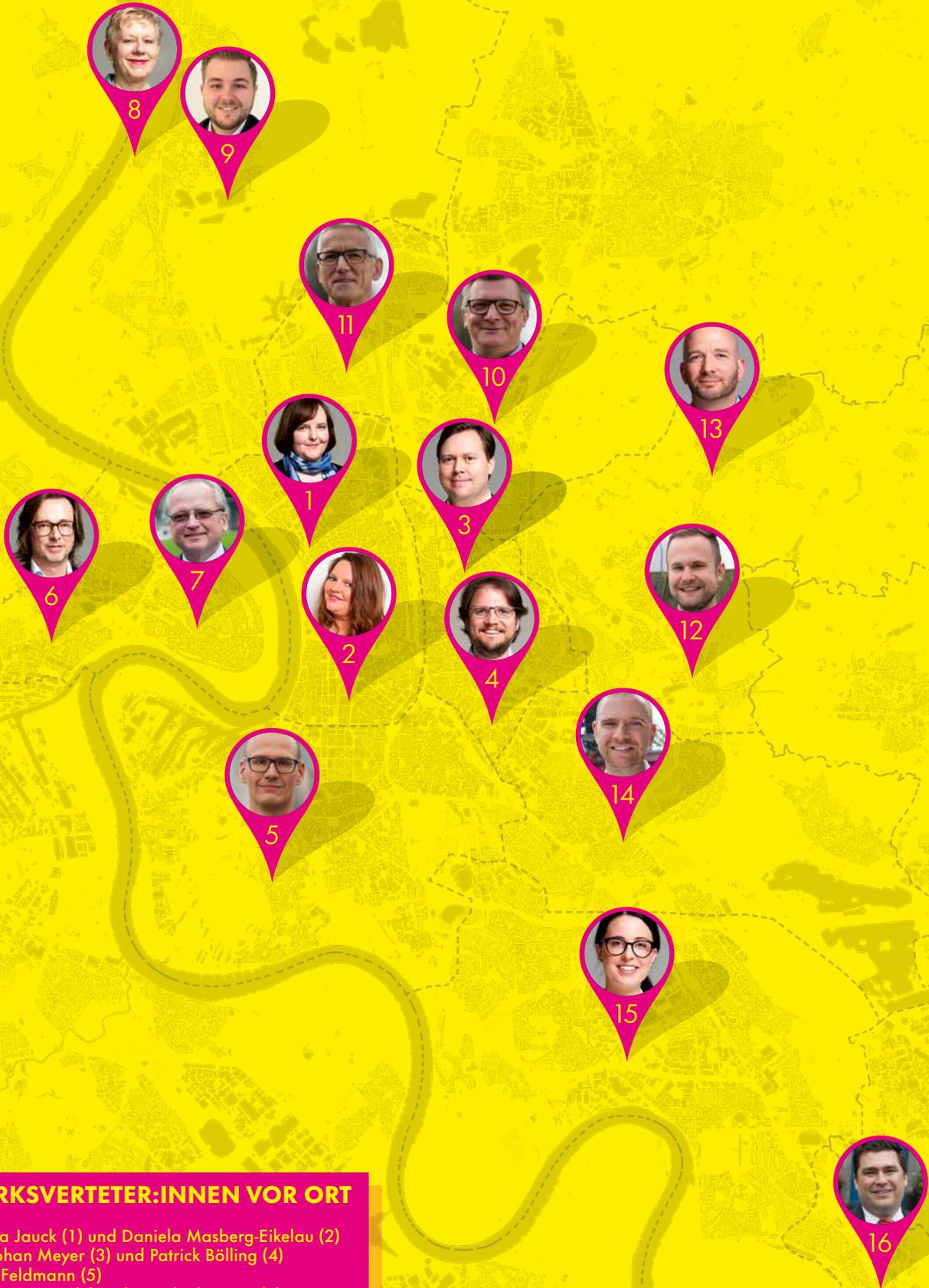
## Gestaltung der wichtigen Themen

Ausschüsse und Mitglieder	1. Stellvertretungen	2. Stellvertretungen
<b>Anregungs- und Beschwerdeausschuss</b>		
Julian Deterding	Dr. Christine Rachner	André Kiel
Monika Lehmhaus (S)	Matthias Lambert	Felix Droste
<b>Bauausschuss</b>		
Mirko Rohloff (S)	Monika Lehmhaus	Stephan Meyer
Sebastian Rehne	Manfred Neuenhaus	Ulf Montanus
<b>Ausschuss für Gleichstellung</b>		
Dr. Christine Rachner (S)	Sebastian Rehne	Mirko Rohloff
André Witner	Jan Feldmann	Manfred Neuenhaus
<b>Ausschuss für Gesundheit und Soziales</b>		
Dr. Christine Rachner (S)	Anne Korenkov	Ulf Montanus
Laura Litzius	André Witner	Karsten Dörge
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>		
Manfred Neuenhaus (S)	Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	Dr. Christine Rachner
Mirko Rohloff	Monika Lehmhaus	Ulf Montanus
<b>Jugendhilfeausschuss</b>		
Dr. Christine Rachner (S)	Daniela Masberg-Eikelau	–
<b>Kulturausschuss</b>		
Manfred Neuenhaus (Vorsitz/S)	Dr. Veronika Dübgen	Brien Dorenz
Ulf Montanus	Thomas Nicolin	Sebastian Rehne
<b>Ausschuss für öffentliche Einrichtungen</b>		
Felix Droste	Dr. Christoph Schork	Dr. Dr. Marianne Hagen
Ulf Montanus (S)	Sebastian Rehne	Dr. Dominik Fanatico
<b>Ordnungs- und Verkehrsausschuss</b>		
Manfred Neuenhaus (S)	Rainer Matheisen	Ingo Denzel
Felix Mölders	Dagmar Saschek	Kerstin Meißler
<b>Ausschuss für Digitalisierung</b>		
Piero Alessio	Markus Jaskolski	Thomas Nicolin
Sebastian Rehne (S)	Anne Korenkov	Felix Droste

Ausschüsse und Mitglieder	1. Stellvertretungen	2. Stellvertretungen
<b>Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung</b>		
Manfred Neuenhaus (S)	Maximilian Schade	Brien Dorenz
Mirko Rohloff	Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	Daniela Masberg-Eikelau
<b>Rechnungsprüfungsausschuss</b>		
Felix Droste (S)	Mirko Rohloff	Monika Lehmhaus
Dr. Ulrich Peters	Thomas Nicolin	Brien Dorenz
<b>Integrationsrat</b>		
Sebastian Rehne (S)	Ulf Montanus	Monika Lehmhaus
<b>Schulausschuss</b>		
Mirko Rohloff (S)	Karsten Döriges	Julian Deterding
Monika Lehmhaus	Brien Dorenz	–
<b>Sportausschuss</b>		
Monika Lehmhaus (S)	Sebastian Rehne	Bodo Schadrack
Thomas Nicolin	Karsten Körner	Ulf Montanus
<b>Ausschuss für Umweltschutz</b>		
Ulf Montanus (S)	Sebastian Rehne	Davina Mikutta
Karsten Döriges	Linda Möller	Ferry Weber
<b>Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und int. Zusammenarbeit</b>		
Felix Droste (S)	Dr. Christoph Schork	Dr. Christine Rachner
Dagmar Saschek	Ulf Montanus	Dr. Jürgen Degethoff
<b>Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung</b>		
Sebastian Rehne (S)	Rainer Matheisen	Thomas Butzke
Dr. Christoph Schork	Karsten Körner	Marc Wilhelm Held
<b>Wahlprüfungsausschuss</b>		
Manfred Neuenhaus (S)	Mirko Rohloff	–
<b>Seniorenrat</b>		
Dr. Jürgen Degethoff (S)	Kyriaki Zafiri	–

# UNSERE BEZIRKSVERTRETERINNEN UND -VERTRETER

Mit Engagement in allen Stadtteilen



## DIE BEZIRKSVERTRETER:INNEN VOR ORT

- BV 1** Gesa Jauck (1) und Daniela Masberg-Eikelau (2)
- BV 2** Stephan Meyer (3) und Patrick Bölling (4)
- BV 3** Jan Feldmann (5)
- BV 4** Brien Dorenz (6) und Dr. Ulrich Peters (7)
- BV 5** Dr. Dr. Marianne Hagen (8) und Tomas Nickel (9)
- BV 6** Ferry Weber (10) und Georg Oppermann (11)
- BV 7** Julian Deterding (12) und André Kiel (13)
- BV 8** Bodo Schadrack (14)
- BV 9** Davina Mikutta (15)
- BV 10** Thomas Butzke (16)

**Opernhaus**

**Sicherheit in der Altstadt**

**Wohnen**

**Klimaanpassung**

**Juli-Hochwasser**

**Verkehrswende**

**Heinrich-Heine-Platz**

**Fußgängerverkehr**

**Radspuren**

**Rheinbahn**

**Corona**

## **2020 ist nun Vergangenheit. Zeit, für die Parteien in Düsseldorf noch einmal ihre Leitziele für das kommende Jahr zu präsentieren**

Bei der FDP ist man traurig darüber, dass die Ampel-Kooperation nicht fortgesetzt werden konnte, so die Düsseldorfer FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die neue Rolle als Opposition habe man aber angenommen. „Wir werden unüberhörbar unsere Vorstellungen für die Stadtpolitik darlegen und unseren Beitrag leisten, dass es keinen Stillstand in der Entwicklung Düsseldorfs gibt.“ Die Digitalisierung wie etwa bei der Lösung von Verkehrsproblemen, in den Schulen oder beim Bürgerservice der Stadt brauche einen gewaltigen Schub aus der Politik, so Strack-Zimmermann. Auch müsse die Stadtentwicklung weitergehen. „Es muss jetzt schnell über die Zukunft der Oper und die Verlängerung der Rheinuferspromenade im Rat entschieden werden.“ Zudem müsse der OSD dringend verstärkt werden. Die Bürger bräuchten den OSD als Ansprechpartner und als Sicherheit durch Sichtbarkeit und Prävention.

### **Vorstellungen „unüberhörbar“ darlegen**

Strack-Zimmermann persönlich hofft zudem wie alle, dass „wir die Corona-Pandemie in 2021 in den Griff bekommen“ und auf konstruktive Gespräche mit CDU und Grünen, um die Folgen abzufangen. Dabei wäre es aus ihrer Sicht „völlig verfehlt“ einen Sparkurs bei Investitionen einzuschlagen.

*Neue Rheinzeitung vom 3. Januar*



## **Der Lockdown geht weiter, es gibt weitere Einschränkungen. Viele sehen in vergangenen Entscheidungen auch Versäumnisse**

Für die FDP-Frontfrau Marie-Agnes Strack-Zimmermann schränkt die Bundesregierung mit diesen „täglich immer neuen Regeln nicht nur – am Parlament vorbei – massiv unsere Grundrechte ein“. Vielmehr lenke sie damit vom eigentlichen Desaster ab – zu wenig Impfstoff bestellt und den wenigen nicht zeitnah an die Städte und Gemeinden verteilt zu haben, kritisiert sie. Denn das Gebot der Stunde laute „Impfen, impfen, impfen und somit jeden Tag Leben retten.“

*Neue Rheinzeitung vom 10. Januar*

## **Kultur will öffentlichen Austausch über BDS**

Der Vorsitzende des Kulturausschusses, Manfred Neuenhaus (FDP), erwartet, „dass die Bühnen auf die Kritik reagieren“. „Die Aufgabe unserer Bühnen ist es, die Demokratie zu stärken. In diesem Zusammenhang darf es keinerlei Spielraum geben“, betont Manfred Neuenhaus. „Ehrlich gesagt, hätte ich von den Intendanten sofort eine glasklare Erklärung erwartet.“ Zumal man sich in der Vergangenheit als Ampelkoalition mit dem damaligen Oberbürgermeister Thomas Geisel darauf verständigt habe, sich als Stadt der Bundestagsresolution anzuschließen.

*Rheinische Post vom 10. Januar*

## Das sind die Reaktionen auf Schwarz-Grün in Düsseldorf

Auch die FDP hält den Vertrag für zu vage, aus Sicht von Fraktionschef Manfred Neuenhaus ist er in zentralen Punkten „nicht ausverhandelt“. Die Liberalen haben vor allem drei Kritikpunkte. Sie werfen Schwarz-Grün zu viel „Staatsgläubigkeit“ vor und befürchten, dass das Bündnis mit der angekündigten Besetzung von 1500 freien Stellen den Verwaltungsapparat aufbläht und dadurch den Haushalt hoch belastet. Die FDP würde sich mehr Vertrauen in das Handeln der Bürger wünschen. Aus Sicht von Neuenhaus bleibt der Vertrag außerdem die Antwort auf zwei brennende Fragen schuldig. Es fehlten Aussagen dazu, wie Düsseldorf konkret den lokalen Unternehmen in der Corona-Krise helfen wolle. „Dazu gibt es nur warme Worte.“ Außerdem lasse der Vertrag eine Festlegung dazu vermissen, wie die vielen Vorhaben finanziert werden sollen. Neuenhaus befürchtet, dass Schwarz-Grün die Corona-Krise als „Feigenblatt“ für eine massive Neuverschuldung nimmt.

*Rheinische Post vom 11. Januar*

## Ein staatsgläubiges Duo – Grüne und CDU wollen Düsseldorf nicht gestalten, sondern verwalten

Erste Einschätzung des KOOP-Vertrags von CDU-Grüne von Manfred Neuenhaus, Fraktionsvorsitzender der FDP im Düsseldorfer Rat.

### Verwaltung

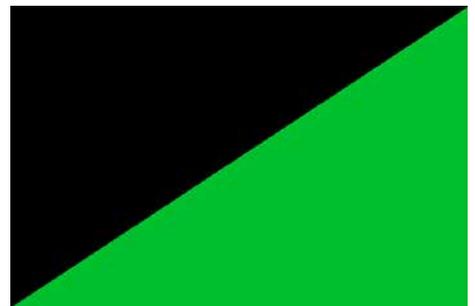
Eine schwarz-grüne Grundüberzeugung zieht sich durch den ganzen KOOP-Vertrag: nur die Verwaltung kann das Glück der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer garantieren. Deshalb sollen „zeitnah“ 1.500 Menschen zusätzlich die Verwaltung verstärken. Wofür dieses Personal eingesetzt werden soll bleibt völlig unklar. Dies bedeutet erhebliche, dauerhafte Mehrausgaben für die Stadtkasse, die sich durch die Folgekosten der Pandemie sowieso schon geleert hat. Für jedes Problem eine/n Beamtin/Beamten einzustellen ist das Gegenteil von Hilfe zur Selbsthilfe, die wir als FDP fordern. Wir sind der Überzeugung, dass moderne Städte mit Hilfe der Digitalisierung ihre Verwaltung qualifizieren, verschlanken und gleichzeitig den Bürgerservice schneller, einfacher und besser machen können. CDU-Grüne bauen in Düsseldorf erstmal die Bürokratie aus.

### Corona

Der Vertrag enthält eine genaue Beschreibung der Lage. Hilfsangebote, z. B. an den vom Ruin bedrohten Düsseldorfer Einzelhandel, die Gastronomie oder die Veranstaltungsbranche, gibt es keine. Wir sind der Auffassung Betroffene, Politik und Verwaltung müssen sich ab sofort zu regelmäßigen Gesprächen treffen und gemeinsam Lösungen finden. Dazu gehören, neben unbürokratischer Hilfe, auch mögliche finanzielle Hilfen durch die Stadt.

### Wirtschaft und Finanzen

An keiner Stelle des Vertrags steht wie Geld eingespart werden soll oder wie durch gezielte Wirtschaftsförderung über die Gewerbesteuer Mehreinnahmen generiert werden können. Die Kosten, die der Stadt durch die Umsetzung der Beschlüsse des Vertrags entstehen, sind nicht einmal grob errechnet worden. Zur



Finanzierung der Kosten gibt es keinerlei Hinweise. Das ist aus liberaler Sicht eine schlicht abenteuerliche Finanzpolitik. Der angebliche Leitsatz von CDU und Grünen: „Wir halten die Finanzen stabil“ ist daher für uns eine Farce. Es besteht der Verdacht, dass über die richtigen und nötigen Maßnahmen zur Linderung der Corona-Folgen hinaus, Düsseldorf dauerhaft auf Kredit leben will. Wir werden die Ausgabenpolitik sehr genau verfolgen. Es ist völlig richtig in der jetzigen Situation als Stadt zu investieren. Aber dies muss nachhaltig geschehen. Düsseldorf braucht auch in der neuen Ratsperiode Leuchtturmprojekte, die die Lebensqualität und die wirtschaftliche Stärke Düsseldorfs fördern. Es ist auch richtig mehr Geld für eine bessere Klimapolitik und bessere Mobilität auszugeben. Aber dieses Geld muss punktgenau ausgegeben werden. Dringend benötigte Leuchtturmprojekte in der Stadtentwicklung fehlen oder sind nicht entschieden. Leuchtturmprojekte in der Stadtentwicklung fehlen. Aus der Verlängerung der Rheinuferpromenade ist die Verbreiterung eines Radweges geworden. Die Verlängerung wäre ein weiterer Meilenstein in der Verbesserung der Lebensqualität in Düsseldorf und daher nötig. Wir werden dazu einen Haushaltsantrag stellen. Der Neubau der Oper wird bei CDU-Grünen lapidar abgehandelt: „Die Ergebnisse der zugehörigen Projektgruppe werden wir gemeinsam bewerten und zeitnah das weitere Verfahren gemeinsam abstimmen.“ Das ist keine Entscheidung. Die wäre aber nötig. Wir werden daher zum Neubau der Oper einen Haushaltsantrag stellen.

### Widersprüche im Vertrag

Fotoinstitut: „Wir tragen dafür Sorge, dass das von der Stadt bereitgestellte Grundstück am Ehrenhof unter Wahrung der Belange des Hofgartens und der satzungsgeschützten Bäume am Grundstück erschlossen und ökologisch bebaut wird.“ Hofgarten: „Wir schützen und erhalten den Hofgarten.“ Beides gleichzeitig kann unserer Auffassung nach nicht gelingen. Die FDP möchte auch das Fotoinstitut für Düsseldorf, aber es gibt sicher einen besseren Standort in der Stadt.

### Sicherheit

Die Vorstellungen zum Ordnungs- und Servicedienst OSD von CDU-Grünen enthalten richtige Ansätze für mehr Sicherheit – die FDP wird die Ideen im Detail prüfen. Ein sehr wichtiges Kriterium, ob die Sicherheitspolitik der Stadt gelingt, ist die erweiterte Ausbildung und die regelmäßige Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### Wohnen

Hier fehlt jeder Wille schnell guten und wirklich preiswerten Wohnraum zu schaffen. Die Veränderungen von Quoten und der Erlass von Satzungen schaffen nicht die dringend zusätzlich benötigten Wohnungen. Die FDP wird daher zum Bau von guten und preiswerten Wohnungen einen Haushaltsantrag stellen.

### Mobilität

Auch hier ist ein „Quantensprung“ nicht ersichtlich. Im KOOP-Vertrag werden im Bereich ÖPNV vor allem Ziele aufgeführt die schon in der Ampel-Kooperation vereinbart waren und größtenteils auch schon beschlossen sind. Wir werden die eingeschlagene Richtung im ÖPNV-Ausbau unterstützen. Bei Radverkehr und Autoverkehr sind die meisten Aussagen so undeutlich und unpräzise, dass sie nicht wirklich beurteilt werden können.

## Umweltspur

Die Umweltspur wird nicht, wie von der CDU versprochen, abgeschafft, sondern ersetzt. Es ist völlig unklar ob der tägliche Dauerstau mit den angegebenen Maßnahmen im Vertrag von CDU-Grünen aufgelöst wird oder nur einige Kilometer in den Süden der Stadt vorverlegt wird. Die FDP-Ratsfraktion wird in den Wochen bis zur Haushaltssitzung des Rates am 4. Februar alle Punkte des KOOP-Vertrages intensiv prüfen. Natürlich sind im Koop-Vertrag auch gute Ideen enthalten. Wir bekräftigen auch nochmal unsere Bereitschaft mit CDU-Grünen bei allen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und bei der Linderung der Folgen der Pandemie eng zusammenzuarbeiten. In den Bereichen Kinder, Jugend, Kitas und Schulen werden von CDU-Grünen vor allem die schon begonnenen Maßnahmen der Ampel-Kooperation fortgeführt – dies begrüßen wir ausdrücklich.

*FDP vom 11. Januar*

## Am Donnerstag, den 14. Januar, feiert die liberale Kommunalpolitikerin Marikka v. Berlepsch ihren 80. Geburtstag.

Von 1999 bis 2004 war Marikka v. Berlepsch Mitglied des Rates der Stadt Düsseldorf und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion. Ihre politischen Schwerpunkte lagen in der Sozial-, Kultur- und Umweltpolitik. Beruflich war Marikka v. Berlepsch viele Jahre als Geschäftsführerin des Kreisverbandes der Düsseldorfer FDP tätig. Außerdem war sie 23 Jahre lang äußerst erfolgreich (bis 2005) die Vorsitzende des Gerresheimer Kulturkreises. Marikka v. Berlepsch über ihre liberalen Wurzeln: „In einer Familie groß geworden, wo Großzügigkeit und Vertrauen vorherrschte, war es für mich selbstverständlich, nachdem ich wählen durfte, mich für die Freien Demokraten zu entscheiden. 1975 wurde ich durch eine Cousine in den Landtagswahlkampf in NRW eingebunden. Sie kandidierte für die FDP. Im Anschluss daran besuchte ich diverse Veranstaltungen der FDP in Düsseldorf. So kam ich zu dem Entschluss in die Partei einzutreten. Liberalität, meine persönliche Freiheit, das zu entscheiden wofür ich mich entschlossen habe, sind noch heute prägend so dass ich keiner anderen Partei angehören könnte.“ Seit vielen Jahren lebt Marikka v. Berlepsch im Landkreis Diepholz. Natürlich ist sie auch dort politisch aktiv z. B. als Beisitzerin im Vorstand des FDP-Stadtverbandes Stadt Diepholz. Die Ratsfraktion gratuliert Marikka v. Berlepsch sehr herzlich und wünscht ihr Gesundheit, Zufriedenheit und Glück. Ihre Verdienste um die Düsseldorfer Liberalen sind vielen Weggefährtinnen und Weggefährten sehr präsent - Manfred Neuenhaus.

*FDP vom 12. Januar*

## FDP entsetzt über Versagen der Corona-Impftermin-Vergabe

Christine Rachner, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP Ratsfraktion, ist entsetzt über das Versagen der groß angekündigten Terminvergabe für die Corona Impfung für über 80-jährige Bürgerinnen und Bürger. „Der Termin war für alle Beteiligten lange bekannt, das voll ausgestattete Impfzentrum in der Merkur-Spiele-Arena steht bereit, viele über 80-jährige sind seit heute Morgen am Telefon oder mit den Kindern und Enkeln am Computer – da ist es total enttäuschend, dass nach kurzer Zeit das Terminvergabesystem kollabiert,“ beklagt Rachner. „Warum kann in der Landeshauptstadt Oberbürgermeister Keller nicht in engem Kontakt mit der in Düsseldorf ebenfalls ansässigen Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein und dem Gesundheitsministerium stehen, damit die über 80-jährigen Seniorinnen



und Senioren gut und konsequent versorgt werden?“ wundert sich Rachner. Für die alten Menschen muss der Ablauf garantiert sein, die Pandemiebeschränkungen sind schon verunsichernd genug. „Wie sollen wir den Großeltern von einem 14-jährigen Enkel nun erklären, dass der lang ersehnte familiäre Kontakt wieder verzögert wird?“ so Rachner. Sie fordert OB Keller auf, eine belastbare Impfstrategie in enger Abstimmung mit der KV und dem Landesgesundheitsministerium zu erarbeiten und die alten Menschen nicht erneut zu enttäuschen.

*FDP vom 25. Januar*



## **Düsseldorf plant „Sommer-Schule“**

Politikerin Monika Lehnhaus (57, FDP) rannte am Dienstag im Schulausschuss offene Türen ein, als sie eine „Sommer-Schule für sozial benachteiligte Kinder“ forderte. Ausschuss-Vorsitzender Pavle Madzirov (42, CDU) legte einen obendrauf, sagte: „Der Lern-Rückstand betrifft alle. Solch ein Angebot muss deshalb allen Schülern offen stehen.“ Düsseldorf – Damit Schüler in der Landeshauptstadt nicht unter dem Unterrichtsausfall durch die Corona-Krise leiden, soll's in den großen Ferien eine „freiwillige Sommer-Schule“ geben!

*Bild vom 26. Januar*

## **Rat: Etatreden sollen vorab als Video aufgezeichnet und online gestellt werden**

Strack-Zimmermann: Rede ohne Reaktion „unattraktiv“. Dass man eine veränderte Tagesordnung hat, um momentan nicht so lange zusammen zu sitzen, sei nachvollziehbar, so Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). Dennoch: „Demokratie lebt von der Präsenz und der Debatte. Haushaltsreden über Video? Wer soll sich die bitte anschauen? Die Tagesschau sendet die Reden bestimmt nicht. Eine Rede zu halten, ohne das Gegenüber zu sehen, ohne inhaltliche Reaktion, ist unattraktiv.“ Zur nächsten Ratssitzung in Düsseldorf sollen vorab als Video aufgezeichnet und online gestellt werden. Das diene dem Infektionsschutz, heißt es. In der Ratssitzung am 4. Februar steht die Verabschiedung des Haushaltes auf dem Plan. Normalerweise gibt es von den Fraktionen Haushaltsreden – diese soll nun aber vorab als Video aufgezeichnet und online gestellt werden. Das hat der Ältestenrat so verabredet.

*IKZ-online vom 27. Januar*



## **Diskussion um einen Neubau der Düsseldorfer Oper**

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus kündigt für den Stadtrat am 4. Februar einen Antrag an, der neben der Heine-Allee den Hafen und den Rheinpark gegenüber der Bezirksregierung als mögliche Standorte vorschlägt. In der Diskussion um einen Neubau der Düsseldorfer Oper befürworten CDU-Politiker einen Neubau am Hafen. Dieses Jahr legt der Stadtrat fest, ob ein neues Opernhaus gebaut wird – und an welchem Standort. Eine Vorentscheidung bahnt sich bereits im Februar und März an. In der Opern-Kommission des Stadtrates wird eine Machbarkeitsstudie diskutiert, die darüber Aufschluss gibt, ob die Oper bei einem Neubau an der Heinrich-Heine-Allee ihre Ansprüche umsetzen kann, ohne allzu sehr in den Hofgarten einzugreifen. Dies dürfte sehr schwer werden, wie zu hören ist. Politiker der CDU schlagen deswegen vor, einen Neubau im Hafen in Betracht zu ziehen und dabei private Partner ins Boot zu holen. Die FDP beantragt in der nächsten Ratssitzung mit einem Haushaltsbegleit Antrag den Start der Opern-Planung.

*Rheinische Post vom 27. Januar*

## Lockdown in Düsseldorf : Gedichte gegen den Corona-Blues

Ulf Montanus ist Schauspieler, Moderator, Auktionator und Politiker. Weil das Leben in fast allen Bereichen nahezu still steht, hat er jetzt seine lyrische Ader wiederentdeckt. Montanus schreibt nicht nur, er filmt seine Gedichte auch und stellt sie ins Netz. Sicher zehn Versuche brauche ich pro Video, manchmal vergesse ich den Text, manchmal stimmt die Farbmelodie nicht. Und manchmal bin ich von mir selbst genervt und nehme dann die Aufnahme, die irgendwie am besten geraten ist. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie habe ich meine lyrische Ader wiederentdeckt, schreibe Gedichte, verfilme sie und stelle sie ins Netz. Die Brentano-Gesellschaft hat inzwischen mein allererstes Gedicht „Der Ameisenbär“ in ihre Frankfurter Bibliothek aufgenommen. Das ist die am weitesten verbreitete Lyrikanthologie und schon etwas Besonderes.

*Rheinische Post vom 28. Januar*



## Februar

## Falsche Investitionspolitik und überhöhte Kreditaufnahmen gefährden den Wohlstand und die Lebensqualität Düsseldorfs

Positionen der FDP-Ratsfraktion zum Haushalt 2021 der Landeshauptstadt Düsseldorf von Manfred Neuenhaus, Fraktionsvorsitzender der FDP. Schwarz/Grün hat sich die FDP-Forderung – in der Krise zu investieren und nicht durch einen Sparhaushalt die Wirtschaft zusätzlich zu belasten – auf völlig falsche Weise zu eigen gemacht. Schon die pauschale Ankündigung von Schwarz/Grün, 1.500 freie Stellen in der Verwaltung zeitnah zu besetzen, belegt die irriige Annahme der Ratsmehrheit nur die Verwaltung könne das Glück Düsseldorfs garantieren. Vom Ölheizungs austausch bis zur Biodiversität: Für jede Lebenslage scheint es in Zukunft städtische Beauftragte zu geben. Für den städtischen Haushalt, der schon jetzt über 700 Millionen Euro jährlich an Personalkosten zu stemmen hat, bedeutet dies weitere Belastungen in zweistelliger Millionenhöhe über Jahrzehnte. Geld, das für wichtige Investitionen fehlen wird. Der Kooperationsvertrag von Schwarz/Grün liest sich auf 89 Seiten wie ein Wunschzettel ohne Limit. Auf die eine Art und Weise wird jede gesellschaftliche Gruppe bedacht, ob sie will oder nicht, ob es nötig ist oder nicht. Mitten in einer der größten Krisen der Bundesrepublik werden alle Finanz- und Wirtschaftsgrundsätze Düsseldorfs der letzten 20 Jahre über Bord geworfen – die Grundsätze, die Düsseldorf stark und attraktiv gemacht haben. Schwarz/Grün hat keinen Ansatz die Wirtschaft in Düsseldorf nachhaltig zu fördern und dadurch über die Gewerbesteuer Mehreinnahmen für die Stadtkasse zu erzielen. Schwarz/Grün hat überhaupt keinen Ansatz, wie die nötigen Finanzmittel für die nächsten 5 Jahre erwirtschaftet werden sollen. Schwarz/Grün geht den bequemsten Weg und passt die Kreditaufnahme einfach den Ausgaben an. Und dies eben nicht nur zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie (was völlig in Ordnung ist) sondern auch für die Ausgaben aus ihrem 89-seitigen Wunschzettel. Damit verlässt Düsseldorf den erfolgreichen Weg der Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahrzehnte. Die Folgen werden weniger Lebensqualität und weniger Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Wir Freie Demokraten finden, dass Politik sich in der Krise auf die wirklich wichtigen Projekte der Daseinsfürsorge für die Menschen in Düsseldorf konzentrieren muss. Zeitgleich müssen neue „Leuchtturmprojekte“ entwickelt werden, die geeignet sind die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft Düsseldorfs nachhaltig zu stärken. Deshalb stellen wir im Rat drei Anträge zu „Leuchtturmprojekten“, die diese Kriterien erfüllen.

*FDP vom 1. Februar*



### Die Liberalen kritisieren, dass Schwarz-Grün viel Geld ausgeben will, aber keine „Leuchtturmprojekte“ für die Stadt einplant.

Neuenhaus: „Schwarz-Grün geht den bequemsten Weg und passt die Kreditaufnahme einfach den Ausgaben an.“ Die Liberalen kritisieren, dass Schwarz-Grün viel Geld ausgeben will, aber keine „Leuchtturmprojekte“ für die Stadt einplant. Sie haben gleich mehrere Vorschläge. Die FDP fordert, dass die Stadtverwaltung noch in diesem Jahr mit der Planung eines Neubaus für die Rheinoper beginnt – und damit eine Entscheidung gegen die Sanierung des Opernhauses an der Heinrich-Heine-Allee getroffen wird. Aus Sicht der Liberalen ist längst offensichtlich, dass sich die aufwendige Instandsetzung des maroden Bestandsbaus nicht mehr lohnen würde. Sie fordern daher in der Haushaltssitzung des Stadtrats, dass noch für dieses Jahr 150.000 Euro für den Beginn der Planung freigegeben werden. Bis zum Herbst könnte unter Einbeziehung der Bürger die Standortfrage geklärt werden. Die neue Oper soll dann nach dem Wunsch der FDP „kein Milliarden-Prestige-Projekt werden“. Das neue schwarz-grüne Bündnis im Stadtrat hatte die Frage nach der Zukunft der Oper noch offengelassen. Die gemeinsame Verlautbarung ist, dass die Projektgruppe zunächst alle Gutachten diskutieren soll, in denen die Alternativen für das Opernhaus prüft werden. Alle Zeichen stehen aber auf Neubau, da eine Sanierung des Gebäudes als teuer und riskant gilt und zudem die Gebäudemasse nicht heutigen Standards entsprechen. Eine Erweiterung in den Hofgarten lehnt das Bündnis ab, daher gilt ein Neubau an anderer Stelle als wahrscheinlichste Option. Die FDP, die sich zum ersten Mal seit 1999 in der Opposition wiederfindet, verbindet die Forderung zum Opernhaus mit einer generellen Kritik am Programm des neuen schwarz-grünen Bündnisses. Fraktionschef Manfred Neuenhaus beklagt, dass CDU und Grüne eine „Wunschliste“ für verschiedene Klientelgruppen abarbeiten würden und dadurch die Stadtfinanzen belasteten. Dass Kredite wegen der Corona-Pandemie aufgenommen werden, hält er zwar grundsätzlich für nicht vermeidbar. Es fehle aber ein finanzwirtschaftliches Konzept, sagt Neuenhaus. „Schwarz-Grün geht den bequemsten Weg und passt die Kreditaufnahme einfach den Ausgaben an.“ Zugleich verliert sich das Bündnis aus Sicht der FDP in vielen kleinen Vorhaben. „Leuchtturmprojekte“, die Lebensqualität und Wirtschaftskraft nachhaltig stärken, seien nicht erkennbar. Neben dem Opernneubau fordern die Liberalen ein Aktionsprogramm für den Wohnungsbau, für den Schwarz-Grün jedes Konzept vermissen lasse. Der dritte Vorschlag für ein „Leuchtturmprojekt“ ist eine zentrale FDP-Forderung aus dem Wahlkampf: Die Liberalen beantragen die Verlängerung der Rheinuferpromenade.

*Rheinische Post vom 2. Februar*

### Schwarz/Grün hat keine Antwort auf ein zentrales Problem der Stadtgesellschaft gefunden – FDP legt eigenen Antrag zum Wohnungsbau vor

Fehlender Wohnraum in Düsseldorf war eines der zentralen Themen im zurückliegenden Wahlkampf. Schwarz/Grün hat auf eines der größten Probleme der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer keine Antwort gefunden. Die FDP will, dass Düsseldorf eine Stadt bleibt, in der alle Menschen unabhängig von der Höhe ihres Einkommens Wohnraum finden können. Wir stellen daher in der Ratssitzung den Antrag, in Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften – das können bestehende Genossenschaften oder neu zu gründende Bürgerbauver-

eine sein – qualitativ guten und preiswerten Wohnraum zu bauen. Ziel sind 5.000 Mietwohnungen in den nächsten Jahren mit einer verbindlichen Miete von höchstens 7,50 Euro pro qm. Gleichzeitig wird der Neubau der Wohnungen den Wirtschaftsaufschwung nach der Pandemie beleben und das städtische Geld wird nachhaltig investiert.

*FDP vom 2. Februar*

## **Verlängerung der Rheinuferpromenade**

Leuchtturmprojekte zur Verbesserung der Lebensqualität sind angesichts der Corona-Pandemie besonders wichtig – Schwarz/Grün hat keine Leuchtturmprojekte. Es gibt den berechtigten Wunsch nach mehr Aufenthaltsraum und nach Freiräumen, etwa in Park- und Grünanlagen und nach einem nachhaltigen, angenehmen und gesunden Klima in unserer Stadt. Mit der Verlängerung der Rheinuferpromenade von der Oberkasseler Brücke bis zur Theodor-Heuss-Brücke können wir diesen Wünschen entgegenkommen. Damit setzen wir gleichzeitig ein deutliches Zeichen, dass Düsseldorf auch nach der Pandemie eine wirtschaftlich starke Stadt bleibt, in der die weitere Verbesserung der Lebensqualität eine zentrale Rolle spielt. Gleichzeitig wird der Neubau der Rheinuferpromenade den Wirtschaftsaufschwung nach der Pandemie beleben und das städtische Geld wird nachhaltig investiert.

*FDP vom 3. Februar*

## **Die Düsseldorfer FDP wirft Schwarz-Grün vor, dass sie keine Antwort auf das zentrale Problem Wohnungsbau hat**

„Wir sehen bei der Kooperation ein ungebremstes Schuldenmachen“, so Manfred Neuenhaus. Schwarz-Grün habe auf 103 Seiten Anträge zusammengestellt, am Donnerstag werden dann die Summen zusammengerechnet und so viel Kredite aufgenommen. „Sowas habe ich noch nie erlebt“, sagt Neuenhaus. Corona diene da in dem Punkt als Ausrede. Es mache sich keiner Gedanken, wie das alles finanziert werden soll. Die FDP im Rat will auf eine Haushaltsrede verzichten, geht aber mit Schwarz-Grün hart ins Gericht. Keine Antwort auf zentrales Problem. In der Ratssitzung am Donnerstag wird der Haushalt 2021 verabschiedet. Die Düsseldorfer FDP verzichtet auf eine Haushaltsrede, geht aber in ihrem Positionspapier hart mit Schwarz-Grün ins Gericht. Die Kooperation habe keine Antwort auf ein zentrales Problem der Stadtgesellschaft gefunden – den Wohnungsbau. Daher will die FDP einen eigenen Antrag vorlegen. Fehlender Wohnraum in Düsseldorf sei eines der zentralen Themen im Wahlkampf gewesen, heißt es in dem Positionspapier vom Fraktionsvorsitzenden Manfred Neuenhaus. Die FDP will, dass Düsseldorf eine Stadt bleibt, in der alle Menschen unabhängig von der Höhe ihres Einkommens Wohnraum finden können. „Wir stellen daher in der Ratssitzung den Antrag, in Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften qualitativ guten und preiswerten Wohnraum zu bauen.“

## **Städtische Baugrundförderung sei möglich**

Dazu soll es eine Machbarkeitsuntersuchung geben. So könnten etwa den Baugenossenschaften städtische Grundstücke in Erbpacht für 99 Jahre zur Verfügung gestellt werden. Die Baugenossenschaften könnten aber auch private Grundstücke ankaufen. Dann sei eine städtische Baugrundförderung möglich. Bei beiden Varianten müssen die Baugenossenschaften eine günstige Miete



über einen längeren Zeitraum garantieren. Die verbindliche Miete dürfe den Preis von 7,50 Euro pro Quadratmetern in diesem Zeitraum nicht übersteigen. Ziel sei es, so Neuenhaus, 5000 Mietwohnungen in den nächsten Jahren zu schaffen. Im Rat sollen laut dazugehörigem FDP-Antrag Planungsmittel in Höhe von 600.000 Euro beschlossen werden. Ebenfalls im Mittelpunkt steht bei der FDP das Thema Wirtschaft und Finanzen. „Wir sehen bei der Kooperation ein ungebremstes Schuldenmachen“, so Manfred Neuenhaus. Schwarz-Grün habe auf 103 Seiten Anträge zusammengestellt, am Donnerstag werden dann die Summen zusammengerechnet und so viel Kredite aufgenommen. „Sowas habe ich noch nie erlebt“, sagt Neuenhaus. Corona diene da in dem Punkt als Ausrede. Es mache sich keiner Gedanken, wie das alles finanziert werden soll.

Gleichzeitig fehle ein Ansatz, die Wirtschaft in Düsseldorf nachhaltig zu fördern und dadurch über die Gewerbesteuer Mehreinnahmen für die Stadtkasse zu erzielen. Zeitgleich müssen neue „Leuchtturmprojekte“ entwickelt werden, die geeignet sind, die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft Düsseldorfs nachhaltig zu stärken, so die FDP. Eines dieser „Leuchtturmprojekte“ könnte die Verlängerung der Rheinufersperrpromenade sein, ein weiteres Projekt ein Neubau des Opernhauses. Auch dazu gibt es Anträge. In der Vergangenheit waren Leuchtturmprojekte wie die Wehrhahn-Linie oder der Kö-Bogen für Düsseldorf immer wichtig. Auch jetzt sei das wichtig, gerade wenn die Pandemie irgendwann vorbei ist. „Dann tritt die Stadt wieder in den Wettbewerb mit anderen Kommunen“, so Neuenhaus.

*Neue Rheinzeitung vom 3. Februar*

## **Düsseldorfer Politik spricht morgen über den Haushalt**

Die morgige Haushalts-Sitzung im Stadtrat (04. Februar) steht ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Einerseits, weil aufgrund deutlich weniger Gewerbesteuer-Einnahmen ein riesiges Loch in der Stadtkasse klafft. Andererseits, weil die Fraktionen ihre Haushaltsreden per Video halten sollen, um die Ratsitzung zu verkürzen. Ein heftiger Schlagabtausch, so läuft das normalerweise in den Etatsitzungen ab. Stattdessen kommen die Fraktionen morgen nur in maximal 15 Minuten langen Videos zu Wort. FDP-Chef Manfred Neuenhaus macht da nicht mit. Die so wichtigen Debatten kämen so nicht zustande, sagte er uns. Die FDP kritisiert außerdem einige Punkte, wofür die schwarz-grüne Ratsmehrheit Geld ausgeben will. Wer 1.500 freie Stellen in der Verwaltung besetzen will, der habe kein Geld für Investitionen wie beispielsweise die Verlängerung der Rheinufersperrpromenade. Außerdem gebe es keine Maßnahmen gegen die Wohnraumknappheit.

*Antenne Düsseldorf vom 3. Februar*

## **Neubau des Opernhauses**

Der Neubau des Opernhauses wäre ein Leuchtturmprojekt mit überregionaler Strahlkraft – er würde den Wirtschaftsstandort Düsseldorf aufwerten und den Bürgerinnen und Bürgern einen neuen attraktiven Treffpunkt bieten. Der jetzige bauliche Zustand des Opernhauses ist katastrophal und entspricht auch technisch nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit. Der Prozess zur Überprüfung des Gebäudezustands ist so weit vorangeschritten, dass eine wirtschaftlich vernünftige Sanierung völlig unwahrscheinlich ist. Deshalb fordern die Freien Demokraten ein Bekenntnis des Rates zu einem Neubau des Opernhauses. Das neue Opernhaus soll zugleich ein ‚offenes‘ Haus werden,

eine Begegnungsstätte für alle Düsseldorferinnen und Düsseldorfer. Die Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass die finanziellen Gefahren bei der Sanierung älterer Opernhäuser enorm sind. Die Kulturstadt Düsseldorf braucht daher einen Neubau des Opernhauses. Dadurch kann der Charme und die Anziehungskraft Düsseldorfs gesteigert werden. Gleichzeitig wird der Neubau den Wirtschaftsaufschwung nach der Pandemie beleben und das städtische Geld wird nachhaltig investiert.

*FDP vom 3. Februar*

## **Positionen der FDP-Ratsfraktion zum Haushalt 2021 der Landeshauptstadt Düsseldorf von Manfred Neuenhaus, Fraktionsvorsitzender der FDP**

Aufgrund der Corona-Pandemie wollen die Fraktionen die Ratssitzung am 4.2.2021 zum Schutz aller Beteiligten kurz halten und die Diskussionen zu den einzelnen Themen auf 3 Minuten pro RednerIn, pro Fraktion begrenzen. Deshalb haben wir auch dieses Positionspapier sehr kurz gehalten. Alle unsere Ideen und Forderungen zur Stadtpolitik finden Sie in unserem Wahlprogramm 2020.

### **Wirtschaft und Finanzen**

Falsche Investitionspolitik und überhöhte Kreditaufnahmen gefährden den Wohlstand und die Lebensqualität Düsseldorfs. Schwarz/Grün hat sich die FDP-Forderung – in der Krise zu investieren und nicht durch einen Sparhaushalt die Wirtschaft zusätzlich zu belasten – auf völlig falsche Weise zu eigen gemacht. Schon die pauschale Ankündigung von Schwarz/Grün, 1.500 freie Stellen in der Verwaltung zeitnah zu besetzen, belegt die irriige Annahme der Ratsmehrheit nur die Verwaltung könne das Glück Düsseldorfs garantieren. Vom Ölheizungs austausch bis zur Biodiversität: Für jede Lebenslage scheint es in Zukunft städtische Beauftragte zu geben. Für den städtischen Haushalt, der schon jetzt über 700 Millionen Euro jährlich an Personalkosten zu stemmen hat, bedeutet dies weitere Belastungen in zweistelliger Millionenhöhe über Jahrzehnte. Geld, das für wichtige Investitionen fehlen wird. Der Kooperationsvertrag von Schwarz/Grün liest sich auf 89 Seiten wie ein Wunschzettel ohne Limit. Auf die eine Art und Weise wird jede gesellschaftliche Gruppe bedacht, ob sie will oder nicht, ob es nötig ist oder nicht.

Mitten in einer der größten Krisen der Bundesrepublik werden alle Finanz- und Wirtschaftsgrundsätze Düsseldorfs der letzten 20 Jahre über Bord geworfen – die Grundsätze, die Düsseldorf stark und attraktiv gemacht haben. Schwarz/Grün hat keinen Ansatz die Wirtschaft in Düsseldorf nachhaltig zu fördern und dadurch über die Gewerbesteuer Mehreinnahmen für die Stadtkasse zu erzielen. Schwarz/Grün hat überhaupt keinen Ansatz, wie die nötigen Finanzmittel für die nächsten 5 Jahre erwirtschaftet werden sollen. Schwarz/Grün geht den bequemsten Weg und passt die Kreditaufnahme einfach den Ausgaben an. Und dies eben nicht nur zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie (was völlig in Ordnung ist) sondern auch für die Ausgaben aus ihrem 89-seitigen Wunschzettel. Damit verlässt Düsseldorf den erfolgreichen Weg der Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahrzehnte. Die Folgen werden weniger Lebensqualität und weniger Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Wir Freie Demokraten finden, dass Politik sich in der Krise auf die wirklich wichtigen Projekte der Daseinsfürsorge für die Menschen in Düssel-



dorf konzentrieren muss. Zeitgleich müssen neue „Leuchtturmprojekte“ entwickelt werden, die geeignet sind die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft Düsseldorfs nachhaltig zu stärken. Deshalb stellen wir im Rat drei Anträge zu „Leuchtturmprojekten“, die diese Kriterien erfüllen.

### **Wohnungsbau**

Schwarz/Grün hat keine Antwort auf ein zentrales Problem der Stadtgesellschaft gefunden – FDP legt eigenen Antrag zum Wohnungsbau vor. Fehlender Wohnraum in Düsseldorf war eines der zentralen Themen im zurückliegenden Wahlkampf. Schwarz/Grün hat auf eines der größten Probleme der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer keine Antwort gefunden. Die FDP will, dass Düsseldorf eine Stadt bleibt, in der alle Menschen unabhängig von der Höhe ihres Einkommens Wohnraum finden können. Wir stellen daher in der Ratssitzung den Antrag in Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften – das können bestehende Genossenschaften oder neu zugründende Bürgerbauvereine sein – qualitativ guten und preiswerten Wohnraum zu bauen. Ziel sind 5.000 Mietwohnungen in den nächsten Jahren mit einer verbindlichen Miete von höchstens 7,50 Euro pro qm. Gleichzeitig wird der Neubau der Wohnungen den Wirtschaftsaufschwung nach der Pandemie beleben und das städtische Geld wird nachhaltig investiert.

### **Verlängerung der Rheinuferpromenade**

Leuchtturmprojekte zur Verbesserung der Lebensqualität sind angesichts der Corona-Pandemie besonders wichtig – Schwarz/Grün hat keine Leuchtturmprojekte. Es gibt den berechtigten Wunsch nach mehr Aufenthaltsraum und nach Freiräumen, etwa in Park- und Grünanlagen und nach einem nachhaltigen, angenehmen und gesunden Klima in unserer Stadt. Mit der Verlängerung der Rheinuferpromenade von der Oberkasseler Brücke bis zur Theodor-Heuss-Brücke können wir diesen Wünschen entgegenkommen. Damit setzen wir gleichzeitig ein deutliches Zeichen, dass Düsseldorf auch nach der Pandemie eine wirtschaftlich starke Stadt bleibt, in der die weitere Verbesserung der Lebensqualität eine zentrale Rolle spielt. Gleichzeitig wird der Neubau der Rheinuferpromenade den Wirtschaftsaufschwung nach der Pandemie beleben und das städtische Geld wird nachhaltig investiert.

### **Neubau des Opernhauses**

Der Neubau des Opernhauses wäre ein Leuchtturmprojekt mit überregionaler Strahlkraft – er würde den Wirtschaftsstandort Düsseldorf aufwerten und den Bürgerinnen und Bürgern einen neuen attraktiven Treffpunkt bieten. Der jetzige bauliche Zustand des Opernhauses ist katastrophal und entspricht auch technisch nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit. Der Prozess zur Überprüfung des Gebäudezustands ist so weit vorangeschritten, dass eine wirtschaftlich vernünftige Sanierung völlig unwahrscheinlich ist. Deshalb fordern die Freien Demokraten ein Bekenntnis des Rates zu einem Neubau des Opernhauses. Das neue Opernhaus soll zugleich ein ‚offenes‘ Haus werden, eine Begegnungsstätte für alle Düsseldorferinnen und Düsseldorfer. Die Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass die finanziellen Gefahren bei der Sanierung älterer Opernhäuser enorm sind. Die Kulturstadt Düsseldorf braucht daher einen Neubau des Opernhauses. Dadurch kann der Charme und die Anziehungskraft Düsseldorfs gesteigert werden.

Gleichzeitig wird der Neubau den Wirtschaftsaufschwung nach der Pandemie beleben und das städtische Geld wird nachhaltig investiert. Einige kurze Bemerkungen zu anderen wichtigen Politikfeldern: Im Bereich Verkehr haben wir die wichtigsten Entscheidungen zur Ausweitung des ÖPNV mit dem Kauf neuer und zusätzlicher Stadtbahnwagen schon als Ampel auf den Weg gebracht. Tempo 30 in der Gesamtstadt lehnen wir ab. Auf den Hauptachsen des Straßenverkehrs müssen zwei KFZ-Spuren pro Fahrtrichtung unbedingt erhalten bleiben. Bei der Abschaffung der Umweltpuren ist Schwarz/Grün bisher eine überzeugende Antwort schuldig geblieben. Den Versuch, die Umweltpur zu ersetzen, tragen wir aber mit und werden ihn zeitnah bewerten. Die Erhöhung des Budgets für eine bessere Klimapolitik tragen wir mit. Hier werden die Konflikte eher über Sinn oder Unsinn der mit diesem Geld zu finanzierenden Maßnahmen entstehen. Im Bereich Kultur gibt es viele sinnvolle Ideen bei Schwarz/Grün, die wir im Einzelnen prüfen werden. Die Sanierung und der Neubau von Schulen gehen in dem hohen Tempo, das die Ampel 2014 beschlossen hat, weiter. Ebenso der Ausbau der Kitas. Auf dem Gebiet der Digitalisierung hat sich Schwarz/Grün große Ziele gesetzt. Wir werden diese Politik konstruktiv begleiten und natürlich auch unsere eigenen Ideen einbringen.

#### **Drei weitere wichtige Anträge der FDP zum Haushalt 2021:**

##### **Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen im Einzelhandel**

Der Rat beschließt, Mittel in Höhe von 50.000 Euro zur Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen im Einzelhandel (Produkt 5757101 Sachkonto 54312300) bereitzustellen. Hiervon sollen Maßnahmen finanziert werden, die der Sichtbarmachung des Angebots des Düsseldorfer Einzelhandels sowie der Stärkung digitaler Vertriebskanäle dienen.

##### **150.000 Euro für das Projekt „Model City Düsseldorf“**

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt für die Jahre 2021-2023 jährlich 150.000 Euro für das Projekt „Model City Düsseldorf“ mit Sperrvermerk zur Verfügung zu stellen. Die Auszahlung ist daran gebunden, dass die Laureus Sport for Good Stiftung (public private partner dieses Projektes) ebenfalls für diesen Zeitraum pro Jahr 150.000 Euro bereitstellt. Das Projekt fördert sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, die einen erschwerten Zugang zum Sport haben.

##### **Förderung von Leistungsstützpunkten**

Der Haushaltsansatz für das Produkt 4242101 Sachkonto 53170000 Zuwendung für laufende Zwecke an private Unternehmungen zur Förderung von Leistungsstützpunkten wird für 2021 von 625.000 Euro um 200.000 Euro auf 825.000 Euro erhöht und für die Jahre 2022 bis 2025 fortgeschrieben. Bedingt durch Corona erleben die Leistungssportstützpunkte in Düsseldorf einen erheblichen Schwund an Mitgliedern, der dazu führt, die Vereine in Existenznot zu bringen. Da die Stadt Düsseldorf mit Blick auf die Universiade dringend auf die Leistungsstützpunkte angewiesen ist, muss das Budget für die Vereine erhöht werden.

*FDP vom 4. Februar*



## Düsseldorf: Rat verabschiedet städtischen Haushalt für 2021 mit einem Volumen von 3,2 Milliarden Euro

Manfred Neuenhaus, FDP, betonte, dass seine Partei nicht zustimmen könne, weil sie den Politikwechsel mit der Abkehr von der Schuldenfreiheit nicht mittragen wollen. report-D / FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus hingegen stellte den Verdacht in den Raum, die neue Mehrheit brauche das Geld vor allem für Wunschprojekte. Die Politik der Schuldenfreiheit habe zum Erfolg der Stadt beigetragen. Rheinische Post / Die FDP kritisiert außerdem einige Punkte, wofür die schwarz-grüne Ratsmehrheit Geld ausgeben will. Wer 1.500 freie Stellen in der Verwaltung besetzen will, der habe kein Geld für Investitionen wie beispielsweise die Verlängerung der Rheinuferpromenade. Außerdem gebe es keine Maßnahmen gegen die Wohnraumknappheit.

*Antenne Düsseldorf vom 6. Februar*

### Der erste schwarz-grüne Haushalt

Der Haushaltsentwurf war bereits in der Ratssitzung am 5. November 2020 vorgestellt worden und inhaltlich vom ehemaligen Oberbürgermeister Geisel geprägt. Die neue schwarz-grüne Kooperation und die Opposition nutzten die Zeit und brachten zur Ratssitzung am Donnerstag zahlreiche Änderungswünsche ein. Da einige Änderungswünsche gleichlautend waren, wurde im Plenum nur noch über die Unterschiede debattiert. Da viele Punkte noch diskutiert wurden, vergingen trotz Reduzierung der Redezeit auf drei Minuten mehrere Stunden, bis Kämmerin Dorothee Schneider gegen 19:30 Uhr alle Änderungen eingerechnet hatte und die Haushaltszahlen bekannt gab. Die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD/Volt stimmten dem Haushalt zu. Manfred Neuenhaus, FDP, betonte, dass seine Partei nicht zustimmen könne, weil sie den Politikwechsel mit der Abkehr von der Schuldenfreiheit nicht mittragen wollen. Die Linken lehnten den Haushalt ab, weil ihnen die Punkte Wohnen und Soziales zu wenig berücksichtigt wurden.

### 3,2 Milliarden Euro

Das Gesamtvolumen des Haushalt 2021 liegt bei 3,2 Milliarden Euro. Das Investitionsvolumen beträgt 559,4 Millionen Euro, die vor allem in Schulen (165,5 Millionen Euro), Verkehrsflächen und ÖPNV (171,0 Millionen Euro), städtische Bäder (36,8 Millionen Euro) und Kulturbauten (42,8 Millionen Euro) fließen. Darüber hinaus werden für den Klimaschutz (66,2 Millionen Euro) sowie die Digitalisierung (47,4 Millionen Euro) erhebliche Beträge bereitgestellt. Für soziale Leistungen stehen 657,0 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind rund 24,7 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Ein neues Rekord-Niveau erreichen die Aufwendungen für den Bereich Kinder, Jugend und Familienhilfe mit 620,8 Millionen Euro, ein Plus von 35,6 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Davon sind für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen 341,2 Millionen Euro vorgesehen. Für Kultur und Wissenschaften stehen rund 180,8 Millionen Euro (+5,0 Millionen Euro) und für die Sportförderung mit 40,9 Millionen Euro (+1,6 Millionen Euro) im Jahr 2021 zur Verfügung. Weitere Aufwendungen sind: Personalaufwendungen mit 711,5 Millionen Euro, die Versorgungsaufwendungen mit 73,4 Millionen Euro, die Landschaftsumlage mit 242,5 Millionen, die Gewerbesteuerumlage mit 60,9 Millionen und die Leistungen für Unterkunft und Heizung (Hartz IV) mit rund 170,0 Millionen Euro (Refinanzierung durch den Bund mit 108 Millionen Euro). Hinzu kommt die letztmalige Zahlung aus dem Einheitslastenausgleichsgesetz in Höhe von 82,3 Millionen Euro in 2021.

## **Geringere Einnahmen**

Wesentliche Erträge des Etats 2021 kommen durch Gewerbesteuereinnahmen mit veranschlagten 778,5 Millionen Euro (Vorjahr 997,8 Millionen Euro), der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 385,1 Millionen (Vorjahr 396,1 Millionen Euro) und die Grundsteuer A und B mit 148,2 Millionen Euro (Vorjahr 146,8 Millionen Euro) aus. Die Corona-Pandemie sind die Steuererträge stark gesunken. Die Hebesätze für die Gewerbesteuer und Grundsteuer A und B bleiben aber unverändert. Durch die Coronapandemie fallen Ausschüttungen in Millionenhöhe weg. Beispielsweise durch das vollständige Ausbleiben der Dividende von Seiten der Messe Düsseldorf GmbH (-15,0 Millionen Euro). Die Entwicklungen der Flughafen Düsseldorf GmbH und der Rheinbahn AG führen zu einer deutlich geringeren Finanzkraft der Holding der Stadt Düsseldorf (Holding), die in der Vergangenheit quasi als finanzieller Puffer diente. Laut Haushaltssatzung wird der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, auf 251,6 Millionen Euro festgesetzt. Die Finanzmittel der Holding reichen erstmals seit dem Jahr 2007 nicht aus, um die geplanten städtischen Investitionen zu finanzieren, daher sind für das Jahr 2021 Kreditaufnahmen bei externen Banken in Höhe von 84,1 Millionen Euro erforderlich. Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller und Stadtkämmerin Dorothee Schneider halten an dem Ziel fest, bis 2025 wieder zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren.

## **Corona-Kosten**

Die Corona-Pandemie belastet die städtische Kasse und viele Bürger\*innen werden sich fragen, warum der städtische Haushalt trotzdem ausgeglichen ist? Eigentlich gibt es deutlich niedrigere Einnahmen, besonders an Gewerbesteuer, und deutlich erhöhte Ausgaben durch die Pandemie. Doch die von der Bundesregierung ermöglichte Bilanzierungshilfe isoliert alle Einflüsse durch Corona. So bleibt der städtische Haushalt mit den Vorjahren vergleichbar. Die Corona bedingten Veränderungen belaufen sich derzeit auf 335,5 Millionen Euro. Dieser Wert, der sich in 2021 noch erhöhen wird, wird über 50 Jahre abgeschrieben oder ausgebucht. Welchen Weg Düsseldorf gehen wird, muss erst 2022 entschieden werden.

*Report-D vom 6. Februar*

## **FDP fordert Hilfe für den Sport**

Für Ratsfrau Monika Lehmhaus steht Düsseldorfs Ruf als Sportstadt auf dem Spiel. FDP-Ratsfrau Monika Lehmhaus sorgt sich um den Düsseldorfer Sport. Nachdem bekannt geworden war, dass das Sportwerk erwägt, seinen Taekwondo-Bundesstützpunkt aus wirtschaftlichen Gründen endgültig aufzugeben und dass Vereine in der Pandemie unter sinkenden Mitgliederzahlen leiden, fordert Lehmhaus von der Stadt mehr Unterstützung für die Sportler. „Düsseldorf hat bei Fachleuten einen sensationellen Ruf als Sportstadt. Aber wenn wir nicht aufpassen, ist der ganz schnell wieder verspielt. Sollten wir den Taekwondo-Bundesstützpunkt verlieren, kann dies das Sportstadt-Image beschädigen“, sagt Lehmhaus, die auch Mitglied des Sportausschusses ist. Beim Blick in die Kooperationsvereinbarung von CDU und den Grünen ist laut Lehmhaus der Sport ein Verlierer. Im Gegensatz zur Kultur fehle es an konkreten Projekten, der Punkt Sport sei im Vertrag nur „voller Belanglosigkeiten“. Dass sich Düsseldorf dann mit der Rhein-Ruhr-Region für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2032 und für die Universiade 2025

bewerben möchte, passt für die FDP-Politikerin nicht zusammen. „Große Events dürfen nicht auf Kosten der Basis gehen. Wenn man Gastgeber der Olympischen Spiele werden möchte, braucht man die Bevölkerung und die Vereine hinter sich. Wenn man sich dort aber gerade fragt, was die Sportpolitik für einen in der Corona-Krise überhaupt macht, wird das schwierig“, sagt Lehmmaus.

*Rheinische Post vom 13. Februar*



## **Bildung in der Pandemie : FDP will Sommer-Schule für benachteiligte Kinder**

Die Liberalen hoffen auf eine gemeinsame Kraftanstrengung, damit Düsseldorfer Schulkinder nicht zu den Verlierern der Pandemie werden. Die Liberalen wollen für Kinder aus Quartieren mit besonderem sozialen Handlungsbedarf eine Sommer-Schule auf den Weg bringen. Das Angebot soll sich an Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 7 richten. 200.000 Euro sollen dafür in den Haushalt, der am Donnerstag verabschiedet wird, eingestellt werden. „Corona, Lockdowns und Lernen auf Distanz dürfen nicht ausgerechnet jene zu Verlierern machen, die ohnehin schon zu den Benachteiligten gehören“, sagt FDP-Bildungsexpertin Monika Lehmmaus. Die Sommer-Schule wäre ein freiwilliges Angebot. Ziel ist, die Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen zu festigen. „Natürlich kann ich Kinder einfach versetzen, aber im Zweifel nehmen sie die massiven Lücken, die seit dem letzten März entstanden sind, einfach mit in die nächste Stufe“, sagt Lehmmaus. Die Politikerin hat selbst Enkel, die eine Grundschule besuchen. Sie will nicht, dass am Ende vor allem jene Schüler gut durch die Pandemie kommen, die in bildungsnahen und materiell abgesicherten Familien aufwachsen. Die Sommer-Schule sei deshalb mehr als das von der Stadt im vergangenen Jahr ebenfalls als „Summer School“ beworbene Ferienprogramm. Damals hatten rund 1000 Schüler aller Stufen an über 100 Kursen aus den Bereichen Naturwissenschaften, Handwerk und Berufsorientierung teilgenommen. „Wer sich überlegen soll, wo er mal arbeitet, muss doch erst einmal in die Lage versetzt werden, eine fehlerfreie Bewerbung zu schreiben“, sagt Lehmmaus. Die FDP wolle, dass konkrete, durch Corona entstandene schulische Defizite aufgeholt werden. Zusätzlich soll es ein Rahmenprogramm mit sportlichen und kulturellen Angeboten geben. Damit die Kinder tatsächlich Lerninhalte nacharbeiten können, wollen die Liberalen Schulsozialarbeiter, pensionierte Lehrer, künftige Gymnasiallehrer, die noch arbeitslos sind, sowie Lehramtsstudenten einsetzen. Neben den 200.000 Euro aus dem städtischen Etat hofft die FDP auf Fördermittel der Stiftungen. Für das Projekt sind die Liberalen auf andere Fraktionen im Rat angewiesen. Lehmmaus hofft auf eine Mehrheit, „auch wenn dieser Vorschlag nicht aus den Reihen des neuen Bündnisses kommt“. Am Ende gehe es um Bildungsgerechtigkeit. „Das muss doch konsensfähig sein.“

*Rheinische Post vom 13. Februar*

## **So wirtschaftet die Stadt : Millionen für Schulen trotz Schulden**

Stellungnahme von Manfred Neuenhaus: Das Problem: Steuert die Politik nicht gegen, droht Düsseldorf mittelfristig eine Milliardenverschuldung. „Es ist in Ordnung, bei Schulen, Kitas und Bädern weiterzumachen und – wenn es nicht anders geht – dafür auch Kredite aufzunehmen“, sagt Manfred Neuenhaus, Chef der FDP-Fraktion, die seit der letzten Wahl in der Opposition ist. Aber am Ende brauche man Mut „zu innovativen Projekten wie den Wohnungsbau, eine verlängerte Rheinufersperrade oder eine neue Oper, die Düsseldorf so attraktiv machen, dass hier wieder genug Geld eingenommen wird“.

*Rheinische Post vom 13. Februar*

## **Tun CDU und Grüne zu wenig für bezahlbare Wohnungen?**

Auch die FDP vermisst Engagement – und zeigt sich angesichts der Preisexplosion ungewöhnlich offen für Eingriffe in den Markt. Die Liberalen fordern, dass die Stadt mit Baugenossenschaften in eine große Mietwohnungsoffensive investiert. Schwarz-Grün gebe „keine Antwort“, attestiert Fraktionschef Manfred Neuenhaus.

*Rheinische Post vom 13. Februar*

## **Open-Air-Park in Düsseldorf : Neue Ratsmehrheit glaubt nicht an neues Konzertgelände**

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus spricht sich klar für das Projekt aus. Es gehe um ganz bestimmte Konzerte, die nirgendwo sonst in NRW möglich seien. „Das wäre ein weiteres Alleinstellungsmerkmal für Düsseldorf.“ Nach der Pandemie werde es einen scharfen Wettbewerb der Kommunen um Standortvorteile geben, man solle das Verfahren deswegen jetzt nicht verlangsamen. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit lehnt den Open-Air-Park auf den Messeparkplätzen nicht ab, will dafür aber zunächst keine Planungsressourcen einsetzen. Die FDP hält das für einen Fehler. Anmerkung der FDP: Das Konzept sieht 1 bis 2 Veranstaltungen im Jahr vor. Natürlich muss der Anwohnerschutz gewährleistet werden. Ähnlich wie bei der „Großen Kirmes“ müssen Anfahrt und Parken strikt geregelt werden um jede Belästigung der Anwohnerinnen und Anwohner zu vermeiden.

*Rheinische Post vom 13. Februar*

## **Wald soll Erweiterung der Airport-City weichen**

Für Ulf Montanus (FDP), Mitglied im Umweltausschuss, steht allerdings fest, dass seine Fraktion dem Bebauungsplan nicht zustimmen wird. „Es gibt zwar Nachpflanzungen, aber das ist in meinen Augen nicht ausreichend, denn am Standort geht dauerhaft eine große Waldfläche verloren. 8100 Quadratmeter sind ein ziemlicher Batzen.“ Zudem sieht Montanus nicht ein, Bäume für Büroraum zu opfern, von dem man noch gar nicht wisse, ob er überhaupt noch nach Corona benötigt wird, wenn viele weiter im Homeoffice arbeiten würden.

Die Airport-City soll weiter wachsen. Die Stadt legt nun einen überarbeiteten Entwurf für den Bebauungsplan vor. Trotzdem soll ein kleiner Wald weichen. Die Grünen fordern weitere Nachbesserungen, die FDP will ablehnen. Im Mai sollte eigentlich schon der Bebauungsplan-Entwurf für die Erweiterung der Airport City verabschiedet werden. Nachdem aber im Vorfeld massive Kritik an den Plänen geäußert worden war, wurde die Vorlage von der Tagesordnung der politischen Gremien genommen. Kritisiert wurde, dass eine kleine Waldfläche dem Bauvorhaben weichen soll. So ist ein Drittel des fünf Hektar großen Plangebiets – dabei handelt es sich um ein bislang durch die Bundespolizei genutztes Gelände – mit Wald bewachsen. Davon soll eine Fläche von rund 8100 Quadratmetern gerodet werden. Ersatzpflanzungen auf einer doppelt so großen Fläche waren zwar vorgesehen, allerdings sollten diese in Langenfeld erfolgen. Inzwischen hat die Verwaltung die Vorlage überarbeitet und bringt diese erneut in die politischen Gremien ein, erstmals am Dienstag in der Bezirksvertretung 5. Bei dem Plan, den Wald zu roden, ist es geblieben, allerdings sollen die Ersatzpflanzungen nun in Wittlaer in der Nähe des Wasserwerkweges erfolgen. Dort soll ein kleiner Laubwald entstehen, der im Eigentum der Stadt verbleibt. Die Pflege erfolgte durch den Flughafen. „Der



neue Standort für die Ersatzpflanzungen ist ein Fortschritt, aber wir sind mit dem Konzept noch nicht zufrieden“, sagt der Fraktionssprecher der Grünen, Norbert Czerwinski. Mit der Fachverwaltung soll vor den Sitzungen deshalb noch diskutiert werden, ob die Aufteilung des Areals anders gestaltet werden kann, so dass weniger Bäume gefällt werden müssen. Das befürwortet auch CDU-Fraktionschef Rolf Tups, der aber grundsätzlich keine Bedenken gegen den Bebauungsplan hat. „Wenn offensichtlich eine Nachfrage für ein Gewerbegebiet vorhanden ist, sollten wir das Areal auch zur Verfügung stellen“, sagt der Politiker. Er geht davon aus, dass bei der späteren Feinabstimmung noch eine verträglichere Lösung gefunden werden kann. „Der Flughafen hat sich bislang sehr kooperativ gezeigt“, sagt Tups. Bedenken, ob Büros nach Corona überhaupt gebraucht werden.

Für Ulf Montanus (FDP), Mitglied im Umweltausschuss, steht allerdings fest, dass seine Fraktion dem Bebauungsplan nicht zustimmen wird. „Es gibt zwar Nachpflanzungen, aber das ist in meinen Augen nicht ausreichend, denn am Standort geht dauerhaft eine große Waldfläche verloren. 8100 Quadratmeter sind ein ziemlicher Batzen.“ Zudem sieht Montanus nicht ein, Bäume für Büroraum zu opfern, von dem man noch gar nicht wisse, ob er überhaupt noch nach Corona benötigt wird, wenn viele weiter im Homeoffice arbeiten würden. Für Tups ist es kein Widerspruch, dass das Schwarz-Grüne Ratsbündnis beim geplanten Open-Air-Gelände auf den Messeparkplätzen in Stockum um jeden Baum kämpft, die Zahl der Fällungen dort auf höchstens 60 verringern möchte, und dann der Rodung eines Waldes für ein anderes Bauvorhaben zustimmt. „Bei der Airport City handelt es sich um eine nachhaltige Nutzung, dort wird für viel Grün, beispielsweise mit Dachbegrünungen, Nachpflanzungen und Grünstreifen gesorgt“, sagt Tups. Das sei bei der Open-Air-Fläche nicht möglich, da diese für Veranstaltungen vollständig frei bleiben müsse. „Die Nutzung mit zwei bis drei Veranstaltungen im Jahr ist zudem nicht nachhaltig, deshalb lassen sich die beiden Projekte auch nicht vergleichen.“ Die Airport City entstand 2003 am Flughafen auf dem ehemaligen britischen Kasernengelände. Sie hat sich zu einem Gewerbe- und Dienstleistungsstandort entwickelt hat. Zahlreiche renommierte Unternehmen wie das Maritim Hotel, Porsche und der Verein Deutscher Ingenieure haben sich dort angesiedelt. Die Flughafen Düsseldorf Immobilien GmbH strebt nun die Erweiterung des Dienstleistungsstandortes auf das angrenzende, fünf Hektar große Gelände der Bundespolizei an. Für die 750 Polizeibeamten wird schon länger nach einem neuen Standort auf dem Flughafengelände gesucht. Geplant sind zwischen Flughafenstraße und der Klaus-Bungert-Straße Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude mit fünf bis sieben Geschossen. Erlaubt sind gastronomische Angebote, Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten und Hotels. „Auch Anlagen für kulturelle Zwecke sind zulässig, um einen attraktiven Branchenmix innerhalb des Gewerbegebiets zu ermöglichen“, heißt es im Bebauungsplan-Entwurf. Stellplätze sollen in unterirdischen Anlagen eingerichtet werden, damit für Grünflächen mehr Platz ist.

*Rheinische Post/Westdeutsche Zeitung vom 21. Februar*

### **Aus für die Umweltpuren beschlossen**

Die FDP stimmte zwar für das Aus der Umweltpuren, sie steht aber nicht vollends hinter den Plänen von CDU und Grünen. Es würden etwa Pendlern keine Alternativen geboten, um anders als mit dem Auto tagtäglich nach Düsseldorf zu kommen. „Das ist aber das, worum es geht“, sagte Manfred Neuenhaus, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion. Er meinte, dass entweder die CDU oder die

Grünen bei den nächsten Wahlen in vier Jahren die Quittung für ihre Politik bekämen. Die Liberalen selbst wollen bis zum Sommer einen eigenen Antrag für ein Park-and-Ride-Konzept einbringen. Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss der Landeshauptstadt stimmte am Mittwoch mit breiter Mehrheit für die Abschaffung der lange umstrittenen Umweltpfeile. Bald sollen die Markierungen entfernt werden. Nun wird über Alternativen diskutiert. Die Testphase der Umweltpfeile geht im März zu Ende. Wir haben für die Abschaffung gestimmt und für mehr Sicherheit im Radverkehr, für mehr Alternativen zum eigenen Auto und für mehr saubere Luft in der Stadt. Schwarz-Grün hat kein umfassendes Konzept zur Reduzierung des Verkehrs in der Stadt vorgelegt. Deshalb werden wir bis zur Sommerpause ein Park-and-Ride-Konzept vorlegen, weil nur weniger Verkehr erfolgreich Lärm, Abgase und Staus reduziert.

*Rheinische Post/Westdeutsche Zeitung vom 21. Februar*

## **Warum die FDP für ein Waldstück kämpft und die Grünen für neue Büros**

So kämpft die FDP dafür, das komplette Projekt zu überdenken, um die Bäume zu erhalten, die dafür weichen müssten. „Die Pläne sind alt und sollten unter den heutigen Bedingungen nicht einfach so fortgeführt werden“, sagt die Düsseldorfer FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die Liberalen in der Bezirksvertretung 5 stimmten am Dienstag wie angekündigt gegen den entsprechenden Bebauungsplan-Entwurf, der insgesamt von dem Gremium mit zehn zu acht Stimmen empfohlen wurde. Für das Projekt Airport-City West muss eine Waldfläche gerodet werden, und der politische Streit klingt nach verkehrter Welt. Denn die Grünen haben Nachbesserungswünsche, aber keine grundsätzlichen Bedenken – es ist die FDP, die das Waldstück erhalten will. Was ist da los? Die FDP argumentiert unterdessen, dass die Projektpläne aus einer Zeit stammen, in der noch mit stetig wachsendem Bürobedarf gerechnet wurde. „Das ist nun aber anders, zumal Corona die Entwicklung der Homeoffice-Möglichkeiten noch einmal beschleunigt hat“, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Vor diesem Hintergrund müsse man die Waldflächen komplett anders bewerten – erst recht angesichts der Auswirkungen des Klimawandels. „Immerhin liegen diese Flächen zwischen der A44 und dem Flughafen, haben also eine besondere Bedeutung hinsichtlich des Klimas.“ Das Plangebiet gehört laut Beschlussvorlage zu einer Zone „städtischer Überwärmung“, die sich auf das Flughafenumfeld konzentriert. Insofern könne sie die Haltung der Grünen nicht verstehen, sagt die FDP-Chefin.

*Rheinische Post/Westdeutsche Zeitung vom 23. Februar*

## **Stadt Düsseldorf verschärft Corona-Maßnahmen**

Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP sieht auch die Polizei in der Verantwortung. Jetzt greifen schärfere Maßnahmen: So wird es ein Verweilverbot in der Altstadt und am Rheinufer geben. In dem Bereich darf man spazieren gehen, sich aber nicht hinsetzen, um beispielsweise ein Picknick zu machen. Die Treppe am Burgplatz bleibt bis auf Weiteres gesperrt. Die Maskenpflicht soll künftig von der Apollo-Wiese bis zu den Rheinterrassen gelten. Zustimmung kommt von Andreas Hartnigk von der CDU. Auch die Zufahrt für Autos am Mannesmannufer soll gesperrt werden – die Treppe am Burgplatz bleibt es bis auf weiteres gesperrt. Der OSD hatte am Wochenende weit über 300 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

*Antenne Düsseldorf vom 25. Februar*



## **Impfgegner versuchen, WDR-Talk zu stören**

Was die Diskussion um die verschiedenen Impfstoffe angeht, spricht Marie-Agnes Strack-Zimmermann von einem Luxusproblem. Das Credo müsse sein: „Impfen, impfen, impfen.“ Hoffnung Corona-Impfung: Was läuft falsch bei uns? Unter dieser Fragestellung war die WDR-Moderatorin Bettina Böttinger mit der Sendung „Ihre Meinung“ am Donnerstag in der Pegelbar zu Gast. Elf Mitwirkende, sechs Frauen und fünf Männer, waren vor Ort ebenso dabei wie zwei Politiker: Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB, Vorsitzende der FDP in Düsseldorf, und Peter Liese (CDU), Abgeordneter im Europaparlament. Zuschauer hatten die Möglichkeit über die Sozialen Medien mitzudiskutieren.

*Rheinische Post vom 25. Februar*



## **Nach Großandrang durch Ausflügler : Stadt erwägt Sperrung des Düsseldorfer Rheinufer**

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) kritisiert, dass die Stadt „blind“ in das Wochenende gelaufen sei. Den Maßnahmen solle man nun eine Chance geben, sie aber auch richtig umsetzen. „Das funktioniert nur mit Kontrollen“, sagt Strack-Zimmermann. Dass die Polizei eine Unterstützung der Ordnungsamtskräfte verweigert habe, sei da nicht förderlich. Die Promenade war überfüllt. Die Stadtspitze kritisiert die Polizei wegen fehlender Einsatzkräfte. An der Rheinuferpromenade setzte sich am Samstagabend das Treiben vom Sommer fort. Die ersten Auto-Poser rückten an, Nachbarn filmten Gruppen, die über die Promenade zogen und teils Lärm machten. „Es war hier am späten Abend die Hölle los“, berichtet FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die im Viertel wohnt. Stadtspitze und Polizei hätten das erste schöne Wochenende verschlafen, sagt die Liberale. Die Situation sei absolut erwartbar gewesen, so Strack-Zimmermann, die vor allem den Polizeipräsidenten kritisiert. „Es geht hier um das Pandemieschutzgesetz, dessen Einhaltung muss die Polizei durchsetzen.“

*Rheinische Post vom 25. Februar*

**März**

## **Düsseldorfer Politik will wegen Corona eine Sommer-Schule**

„Vor allem bei Erst- und Zweitklässlern, denen bis zu 500 reguläre Unterrichtsstunden fehlen, gibt es enorme Lücken, die ohne Zusatzangebote nicht geschlossen werden können“, sagte Monika Lehmann. Die FDP-Ratsfrau umtreibt das Thema seit Monaten. „Wir dürfen besonders Kinder in schwierigen Quartieren oder Kinder aus Migrantenfamilien, in denen Deutsch gerade erst erlernt wird, beim Thema Bildung nicht sich selbst überlassen“, sagt sie. Die schwarz-grüne Mehrheit in Düsseldorf greift einen Vorschlag der Liberalen auf. Schüler, die in der Pandemie Wissenslücken aufgebaut haben, sollen in den Ferien besonders unterstützt werden. Damit folgt die schwarz-grüne Mehrheit weitgehend einem in der letzten Ratsitzung noch abgelehnten Vorschlag der FDP, in Düsseldorf eine deutlich erweiterte „Summer School“ zu etablieren.

*Rheinische Post / Westdeutsche Zeitung vom 1. März*

## Es gibt weiter Pläne für olympische Spiele in Düsseldorf

Die Düsseldorfer Bundestagesabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP übt in diesem Zusammenhang Kritik an der neuen Schwarz-Grünen Kooperation in Düsseldorf. Das neue Bündnis würde zu wenig für den Sport bzw. Breitensport planen. Die Chancen für olympische Wettkämpfe an Rhein und Ruhr – also auch bei uns in Düsseldorf sind gesunken. Die IOC-Spitze hat das australische Brisbane zum Favoriten für die Sommerspiele 2032 gemacht. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet möchte heute (26. Februar 2021) mit den Bürgermeistern der 14 betroffenen Städte abklären, ob eine geplante Bürgerbefragung zu den olympischen Spielen im Herbst noch stattfinden wird. Eine offizielle Bewerbung gibt es nämlich noch nicht.

*Antenne Düsseldorf vom 1. März*

## Kritik-Lawine gegen OB Kellers Verweilverbot!

Die Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann (62, FDP) erkennt beim Katz-und-Maus-Spiel von Ordnungskräften und Passanten „gewisse Züge von Lorient“, hat dazu auch rechtliche Bedenken: Der Begriff „Verweilen“ sei interpretationsfähig und laufe dem Bestimmtheitsgebot zuwider. Es werde vor dem Oberverwaltungsgericht niemals Bestand haben. Die Politikerin: „Ich erwarte von einer Stadtführung, dass sie nicht mit wackligen juristischen Maßnahmen agiert.“

Mit „Verweilverbot“ und Maskenpflicht am Rheinufer und in der Altstadt brachte es Düsseldorf bundesweit in die Schlagzeilen – und löste eine wahre Kritik-Lawine aus! Sogar Vize-Ministerpräsident und Familienminister Joachim Stamp (50, FDP) schimpfte, nannte es „nicht nachvollziehbar“, wenn Jogger an der frischen Luft Maske tragen müssen. Ein Verweilverbot für Spaziergänger halte er „für extrem kritisch“. In NRW sei man stolz darauf, auf überzogene Maßnahmen zu verzichten. Stamp: „Das müssen wir uns weiter bewahren. Und das gilt auch für eine weltoffene Stadt wie Düsseldorf.“ Und die Stadt? OB Stephan Keller (50, CDU) blieb gestern stumm, ließ Stadtdirektor Burkhardt Hintzsche (55) und Ordnungsdezernent Christian Zaum (43) Bilanz ziehen. So gab's am Wochenende ein Bußgeld wegen Verstoßes gegen das Verweilverbot, 100 wegen Verstoßes gegen die Maskenpflicht. Beide sagten, die Maßnahme sei gerechtfertigt – am Wochenende zuvor hätten sich am Rheinufer bis zu 700 000 Menschen versammelt.

*Bild vom 3. März*

## Düsseldorfer Rheinkirmes: Diskussion um finanzielle Hilfen

Die Düsseldorfer FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann findet die Idee einer „abgespeckten“ Kirmes zum Beispiel sehr gut, wenn die Corona-Zahlen bis dahin stimmen. Bis Ende April soll spätestens entschieden werden, ob in Oberkassel im Sommer die Rheinkirmes stattfinden kann oder nicht. Organisator Thomas König von den Sankt Sebastianus Schützen sagte uns, die Planungen würden laufen. Vertreter aller Parteien betonen auch das Risiko, dass man im Moment noch gar nicht abschätzen kann, wie sich die Corona-Lage bis Juli entwickelt. In den nächsten Wochen wird das Thema bei mehreren Gesprächen im Rathaus weiter diskutiert.

*FDP vom 8. März*



## Steuer auf Einwegverpackungen in der Diskussion

Ulf Montanus (FDP) sprach sich gegen eine Steuer aus, wünschte sich aber auch Innovationen: „Wir werden alles unterstützen, was nachhaltig ist.“ In Düsseldorf wird es vorerst keine Abgabe auf Einwegverpackungen geben. Die Verwaltung riet im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen von der Einführung ab, um „unnotige Prozessrisiken aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken“ zu vermeiden.

*Rheinische Post vom 8. März*



## So sollen mehr Parkplätze geschaffen werden

Anders als Hermann- oder Schillerplatz mit vielen Bäumen und hoher Aufenthaltsqualität sei die kleine, dreieckige Fläche zwischen Hoffeld- und Cranachstraße gleich an der Grafenberger Allee überwiegend versiegelt und eigene sich deshalb besonders gut für unterirdischen Stellplätze, findet Stephan Meyer von der FDP, der den Antrag gestellt hat. Zunächst soll die Verwaltung einmal prüfen, ob das Vorhaben überhaupt realisierbar ist. Meyer ist überzeugt, dass der Cranachplatz groß genug sein müsste, um Stellplätze, Fahrspuren mit einer Rampe und Treppe mit Lift unterirdisch organisieren zu können. Die Einfahrt wäre über die Hoffeldstraße oder vom Cranachplatz aus möglich. „Die Oberfläche des Platzes könnte neu und offener gestaltet werden“, sagt Meyer, der am Ende ein „Mobilitäts-Hub“ schaffen will, das nicht nur für Autos gedacht ist, sondern auch Fahrräder und Elektrofahrzeuge.

*Rheinische Post vom 8. März*

## FDP : Bürger sollen Opernstandort in Düsseldorf bestimmen

Endgültig entschieden werden soll erst zum Jahresende. Manfred Neuenhaus (FDP), Vorsitzender des Kulturausschusses, schlägt vor, über die drei Top-Standorte die Bürger abstimmen zu lassen. „Dies könnte ohne große Mehrkosten am Tag der Bundestagswahl am 26. September geschehen.“ Am Tag der Bundestagswahl könnte über den künftigen Opernstandort in Düsseldorf mit abgestimmt werden.

*Rheinische Post vom 8. März*

## FDP-Ratsfrau fordert Kampagne zur Unterstützung des Handels

Monika Lehmhaus will, dass sich Vertreter der Stadt, Werbegemeinschaften und auch Hauseigentümer an einen Tisch setzen, um über die Lage in den Einkaufsstraße zu sprechen. Oft seien die hohen Mieten der Grund, warum Händler aufgeben. „Wer glaubt, der Einzelhandel hätte so viel Speck auf den Rippen, dass er locker ein Vierteljahr zumachen kann, ohne an den Rand der Existenz gebracht zu werden, ist naiv“, sagt Monika Lehmhaus.

*Rheinische Post vom 12. März*

## FDP-Ratsherr legt sein Mandat nieder

Düsseldorf Sascha Henrich hat beim Kreisparteitag der FDP angekündigt, dass er für politische Ämter nicht mehr zur Verfügung steht. Der Kreisparteitag der FDP begann mit einer Überraschung: Sascha Henrich kündigte an, dass er sein Ratsmandat niederlegen wird. Erst nach der Kommunalwahl im vergangenen Jahr war er für die Liberalen in den Stadtrat eingezogen, nun fällt er die Entscheidung aus privaten Gründen. Henrich verlässt der Liebe wegen

Düsseldorf und zieht nach Solingen. Sichtlich bewegt sagte er zu seinen Parteifreunden: „Die Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen, aber Politik kann und sollte nicht über allem stehen.“ Es sei ihm bewusst, dass er mit seinem Entschluss Menschen enttäusche, wenn er in Zukunft für höhere Aufgaben in der Partei – auch auf Kreisebene – nicht mehr zur Verfügung steht.

*Rheinische Post vom 13. März*

## **Ein Neubau des Düsseldorfer Opernhauses gilt als wahrscheinlich**

Auch Neuenhaus erneuert seine Forderung, dass die Bürger in die Standortentscheidung einbezogen werden. Dass die Oper nicht saniert, sondern neu gebaut werden soll, hatte die FDP bereits gefordert. Neuenhaus sieht sich bestätigt. „Die Kostenrisiken wären zu hoch.“ Einen Bürgerentscheid, wie ihn der Kulturausschussvorsitzende Manfred Neuenhaus (FDP) vorgeschlagen hat, strebt Keller nicht an. So oder so müsste an der Heine-Allee in das Gartendenkmal Hofgarten eingriffen werden, was CDU und Grüne in ihrem Kooperationsvertrag ausgeschlossen haben. Der Hofgarten soll geschützt werden, haben die Parteien festgelegt. Ein Neubau des Düsseldorfer Opernhauses gilt als wahrscheinlich. Nun nimmt die Debatte um den Standort an Fahrt auf – und auch über das Konzept muss geredet werden. Die Grünen würden für eine Bürgerbeteiligung auch den Zeitplan ändern. Nach der Präsentation der Gutachten wird ein Neubau des Opernhauses wahrscheinlich – allerdings wird zugleich die Diskussion über das Riesenprojekt befeuert. Dabei bekommt der Vorschlag von FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus, die Bürger abstimmen zu lassen, Unterstützung: Marina Spillner, Co-Vorsitzende der ebenfalls zur Opposition gehörenden Fraktion SPD/Volt, spricht sich auch für einen Ratsbürgerentscheid aus. „Dabei sollte es nicht nur um den Standort gehen, sondern das Projekt insgesamt“, meint sie mit Blick auf die hohen Kosten.

*Rheinische Post vom 14. März*



## **Für die Baustraße im Hofgarten müssen mehrere Bäume fallen**

Eine geplante Baustraße durch den Düsseldorfer Hofgarten sorgt weiter für Aufregung. Dafür sollen Bäume gefällt werden, sogar die Grünen haben zugestimmt. Da am 1. März die Brutzeit begonnen hat, muss nun überprüft werden, ob die Bäume überhaupt gefällt werden dürfen. Jetzt stellt sich heraus: Das Thema ist behandelt worden. „Vielleicht sollte Frau Klinke einmal mit ihren Parteifreunden aus dem Bauausschuss sprechen“, sagt FDP-Fraktionsvize Mirko Rohloff. Dort hätten im November fünf Grüne der Maßnahme in der Goltsteinstraße inklusive der Baumfällungen zugestimmt. Die Liberalen hätten sich der Stimme enthalten.

*Rheinische Post vom 16. März*

## **Düsseldorfer FDP fordert Verstärkung für das Ordnungsamt**

Viel zu tun hat derzeit das Düsseldorfer Ordnungsamt (OSD). Die FDP fordert nun, dass die Stadt mehr Personal für die Ordnungsbehörde einstellt. Die Düsseldorfer FDP fordert für die Zukunft einen besser ausgebildeten Ordnungs- und Servicedienst (OSD) für die Stadt. Für die nächste Ratssitzung, die am 18. März im ISS Dome steigt, haben die liberalen einen entsprechenden, acht Punkte umfassenden Antrag zur „Neustrukturierung des OSD“ gestellt. Unter anderem soll die Personalstärke des OSD jährlich bis zum Jahr 2024 um 25 Planstellen erhöht werden. Die FDP fordert eine entsprechende Imagekampagne, damit der

Job attraktiver für potenzielle Interessenten gemacht wird. Zudem sollen die „Einsatzzeiten verlängert“ und die „Einsatzgebiete außerhalb der Innenstadt ausgeweitet“ werden, so die FDP. „Die Bürgerinnen und Bürger brauchen den OSD als Ansprechpartner für ihre Sicherheit“, sagt die FDP-Frontfrau Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Mehr Sichtbarkeit im Straßenbild stärke gleichzeitig die Prävention“, so die Bundestagsabgeordnete weiter. „Gleichzeitig wollen wir für die wichtige Arbeit des OSD werben, um Wertschätzung, Respekt und Akzeptanz für die Mitarbeiter des OSD innerhalb der Bürgerschaft aufzubauen.“ Die Düsseldorfer Liberalen wollen auch prüfen lassen, ob in der Altstadt eine zusätzliche Wache eingerichtet werden kann. „Wir wollen mehr Präsenz des OSD an den Düsseldorfer Hotspots wie Altstadt oder Rheinufer“, sagt FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus. „Eine offene Bürgergesellschaft braucht Freiheit und Entfaltung, aber auch konsequenten Schutz vor Gewalt und Kriminalität.“

*Neue Rheinzeitung vom 17. März*

## **Unregelmäßigkeiten in Düsseldorf : Luftfilter für Grundschulen – Stadt stellt Mitarbeiter frei**

Das heikle Thema wird in der Ratssitzung am kommenden Donnerstag eine Rolle spielen. So fordert die FDP in einer Anfrage aus aktuellem Anlass, Informationen zum aktuellen Sachstand. „Sollte es keine europaweite Ausschreibung gegeben haben, wollen wir wissen warum“, sagt FDP-Ratscherr Mirko Rohloff. Bei der Vergabe eines Millionen-Auftrags für Luftfiltergeräte könnte in Düsseldorf gegen Compliance-Richtlinien verstoßen worden sein. Die FDP fordert Aufklärung und hat eine Anfrage für die kommende Ratssitzung formuliert.

*Rheinische Post vom 17. März*

## **Lindner ist Spitzenkandidat der NRW-FDP bei Bundestagswahl, Strack-Zimmermann auf Platz 2**

Die FDP in NRW hat ihre Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt – mit Christian Lindner an der Spitze. Eine Präsenz-Veranstaltung, die die Liberalen auch als Vorbild verstanden wissen wollen. Auf die weiteren vorderen Listenplätze hinter Lindner wählten die Liberalen: 2. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (87,1 Prozent), 3. Alexander Graf Lambsdorff (90,5 Prozent), 4. Marco Buschmann (84,9 Prozent), 5. Johannes Vogel (83,3 Prozent), 6. Bijan Djir-Sarai (84,2 Prozent). Strack-Zimmermann: Ich bedanke mich herzlich für die Wahl auf Listenplatz 2 der @fdp\_nrw zur Bundestagswahl 2021 mit 87,1% der Stimmen. Vor uns liegt ein besonders herausfordernder Wahlkampf. Ich freue mich darauf.

*FDP vom 21. März*

**April**

## **Stadtstrand mit Turm und erster Etage**

Der dritte Stadtstrand in Düsseldorf nimmt Form an: An der Oberkasseler Brücke soll es nach dem Lockdown ein tägliches Kulturprogramm geben. Die neue Containerlandschaft wird dann auch begehbar sein. Kritik an ihr gibt es schon kurz nach dem Aufbau. Kritik gibt es aber schon, bevor der neue Ort eröffnet ist. Die „Containerlandschaft“ sei Geschmackssache, sagt Monika Lehmann (FDP), für sie ähnelt der Stadtstrand aber einer „Fressmeile“, mit Kunst habe er nichts mehr zu tun. Außerdem werde unnötig eine Engstelle erzeugt: „Es wer-

den Sachen genehmigt, von denen wir wissen, dass sie zu Problemen führen. Bei gutem Wetter wird es brechend voll sein, aber Corona wird uns doch noch lange beschäftigen.“ Am schlimmsten ist für Lehnhaus aber, dass die Skaterampe für den Stadtstrand weichen musste: „Jetzt haben wir eine Engstelle zu Lasten von Jugendlichen, die sich dort sonst austoben konnten.“

*Rheinische Post vom 12. April*

## **Warum Corona in Düsseldorf die politische Debatte beschränkt**

Sie gehören zum Markenkern der politischen Auseinandersetzung und Meinungsbildung: Anfragen zu drängenden oder wichtigen Themen im Stadtrat und seinen Ausschüssen. „Dieses Instrument darf nicht stumpf werden, indem man diesen Bereich komplett verschriftlicht“, sagt FDP-Ratsherr Mirko Rohloff. Doch genau das geschieht zur Zeit. Fragen, beispielsweise zum Corona-Management oder zu umstrittenen Verkehrsprojekten, werden zurzeit ausschließlich schriftlich beantwortet. Auch Nachfragen zu eben dieser Antwort der Verwaltung können – anders als sonst – nur schriftlich gestellt werden. Und werden dann wiederum in Schriftform beantwortet. Das kann dauern – im Zweifel bis zur nächsten Sitzung zwei Monate später. Auch Bürgermeisterin Klaudia Zepunkte (SPD) sowie die liberale Ratsfrau Christine Rachner, die sich beide in der Gesundheits- und Sozialpolitik engagieren, hatten zuvor erkennen lassen, dass ihnen eine kurze, dafür aber tagesaktuelle mündliche Debatte wichtig ist.

*Rheinische Post vom 12. April*

## **Düsseldorf sagt Steingärten den Kampf an**

Mit einer Förderung für blühende Gärten und einer angepassten Satzung sollen Schottergärten bekämpft werden. Ulf Montanus, er sitzt für die FDP im Umweltausschuss, hält von Verboten weniger und appelliert an die Vernunft der Bürger: „Ich kann aber verstehen, dass sich ältere Menschen für einen Steingarten entscheiden, wenn sie körperlich nicht mehr in der Lage sind, ihre Gärten zu pflegen.“ Wenn in einer neuen Satzung 50 statt 25 Prozent nicht mehr versiegelt werden dürfen, sei dies ein erster Schritt.

*Rheinische Post / Westdeutsche Zeitung vom 12. April*

## **Rassismus-Debatte am Schauspielhaus : Auch die Politik will im Düsseldorfer Theater eingreifen**

Manfred Neuenhaus (FDP), Vorsitzender des Kulturausschusses, sagt, der Mut des 29 Jahre alten Schauspielers, an die Öffentlichkeit zu gehen, habe seine „Welt verändert“. „Ron Iyamus Problem ist auch das Problem von uns Politikern geworden. Wer im Schauspielhaus meint, solche ‚Witze‘ machen zu müssen, ist nicht geeignet, etwas für uns in Düsseldorf zu inszenieren.“ Es sei bedauerlich, dass offenbar auf der Bühne weit mehr für Respekt und gegen Antidiskriminierung unternommen würde als hinter der Bühne. „Ja, es gibt vielleicht einen Verhaltenscodex, auf den man sich in einem Theater verständigt. Aber wenn er nicht im Alltag eingeübt wird, ist er nutzlos.“ Auch Neuenhaus spricht sich für eine externe Unterstützung in Zukunft aus. „Wenn Menschen in ihren Rechten und ihrer Würde verletzt werden, darf das nicht unter den Teppich gekehrt, sondern muss das gemeldet werden. Wir sind gefordert einzugreifen. Ob Herr Schulz das gut findet oder nicht.“

*Rheinische Post vom 12. April*



## Wie die Abgeordneten zum geplanten Infektionsschutzgesetz stehen

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) lehnt das neue Infektionsschutzgesetz ab. „Natürlich steht außer Frage, dass die Pandemie sehr ernst ist und wir die Menschen schützen müssen“, sagt sie. Den vorliegenden Entwurf sehe sie aber in vieler Hinsicht problematisch an, es bleibe etwa unberücksichtigt, wie der Einzelhandel unter Berücksichtigung geeigneter Schutzmaßnahmen vorschreiten könne. Auch die Sieben-Tages-Inzidenz als „Maßstab für alles“ findet sie schwierig, zumal diese mit steigender Impfquote an Bedeutung verliere. Hinzu kämen die Ausgangssperren, die aus Sicht der FDP ein „massiver Eingriff in die Freiheit des einzelnen“ seien – und überdies epidemiologisch unbegründet. Strack-Zimmermann kündigt an, dass ihre Fraktion Änderungsanträge einbringen wird – und warnt am Beispiel der „Osterruhe“ davor, etwas „durchzupeitschen“, das dann keinen Bestand haben könne. Das neue Infektionsschutzgesetz soll einheitliche Regeln für Corona-Notbremsen schaffen. Unter anderem soll es Ausgangssperren zwischen 21 und 5 Uhr festlegen, wenn in Regionen die Sieben-Tage-Inzidenz drei Tage über 100 liegt. Der Bundestag soll nächsten Mittwoch über den Entwurf abstimmen. Wir haben Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete gefragt, wie sie zu dem Gesetz stehen.  
*Rheinische Post vom 15. April*



## FDP: Angemessener Sonnenschutz für Sportflächen

In der Diskussion Sportler, Betreuer und Zuschauer auf Sportflächen im Außenbereich vor großer Hitze zu schützen, kommentiert Monika Lehmhaus, sportpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, die Idee von Schwarz-Grün: „Gerade die Sportler\*innen brauchen bei körperlicher Kraftanstrengung Schatten und keine zusätzliche starke Sonnenbestrahlung. Dies mit Bäumen zu versuchen, funktioniert allerdings nicht. Sollten die CDU und die Grünen in Wahrheit zusätzliche Flächen für die Anpflanzung von Bäumen in der Stadt suchen, sind Sportanlagen nicht geeignet.“ Die Sportfläche werde nach Ansicht der sportpolitischen Sprecherin für den Sport benötigt, die Zuschauerfläche zum Zuschauen: „Bäume sind da eindeutig nicht hilfreich. So bleibt dann nur die Anpflanzung von Bäumen zwischen Wegen und vorhandenen Grünflächen, dort halten sich aber weder Zuschauer noch Sportler länger auf.“ Aus diesem Grund bittet die FDP die Verwaltung, „geeignete Überdachungen für die Sportflächen und für die Zuschauertribünen zu suchen. Für die Sportflächen bieten sich Dächer an, die zum Beispiel begrünt werden könnten oder die mit Photovoltaikanlagen direkt den Strom für die Beleuchtung am Abend erzeugen. Darüber hinaus würden die überdachten Sportflächen dafür sorgen, dass der Platz auch ganzjährig zu nutzen ist.“

*Lokalklick vom 15. April*

## Ab Mai sollen Bürger bei neuer Düsseldorfer Oper mitreden

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus lobt den Prozess. Er reiche für den Grundsatzbeschluss aus. „Wie genau und wo die Oper gebaut wird, können wir danach diskutieren.“ Neubau oder Sanierung? Wie geht es mit der Oper in Düsseldorf weiter? Die Projektgruppe des Stadtrates hat die Weichen für die Öffentlichkeitsbeteiligung gestellt. Es gibt bereits Kritik am sogenannten Bürgerrat. Ende des Jahres soll die Grundsatzentscheidung darüber fallen, ob die Oper saniert oder neu gebaut wird.

*Rheinische Post vom 15. April*

## **Manfred Neuenhaus im Interview zur Altstadt**

Manfred Jan Neuenhaus, Fraktionsvorsitzender der FDP-Ratsfraktion Düsseldorf, spricht im Interview mit Rheinische Post über unsere Vorstellung für die Entwicklung der Altstadt und die Düsseldorfer Kultur. Die Düsseldorfer\*innen wissen, dass Stillstand in einer Stadt wie Düsseldorf ein Rückschritt ist. Deshalb steht für uns fest, dass nach dem KÖ-Bogen und der fast fertigen Shadowstraße nun die Altstadt dran ist. Die Altstadt soll einladender und sicherer für alle werden. Die Verweilgastronomie müssen wir ausbauen und dunkle Ecken und problematische Ansammlungen zurückdrängen. Kultur bedeutet aber nicht nur Altstadt. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, der die Stadt attraktiver macht. Dort zu sparen wäre fatal. Zudem brauchen wir die Oper als neues und offenes Haus für Düsseldorf. Wir setzen uns für ein zukunftsfähiges Düsseldorf und eine Perspektive nach der Pandemie ein!

*Rheinische Post vom 24. April*

## **Fahrradkundgebung der Baumschutzgruppe Düsseldorf mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann**

Unsere Kreisvorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann nimmt am Sonntag an der Fahrradkundgebung der Baumschutzgruppe Düsseldorf gegen die Planungen von Airport City II teil. Unsere Position ist hier sehr deutlich und bietet einen spannenden Kontrast zur Haltung von Schwarz-Grün. „Für das Projekt Airport-City West muss eine Waldfläche gerodet werden, und der politische Streit klingt nach verkehrter Welt. Denn die Grünen haben Nachbesserungswünsche, aber keine grundsätzlichen Bedenken – es ist die FDP, die das Waldstück erhalten will.“

*FDP vom 25. April*

## **Düsseldorf Flughafen: Baumschutzgruppe stellt sich mit Gesetzestexten vor gefährdetes Wäldchen**

Die Düsseldorfer FDP-Chefin und Bundestagsabgeordnete Marie Agnes Strack-Zimmermann nutzt die Fahrraddemo, um deftig gegen die Grünen in Düsseldorf auszuteilen. Sie sei schon sehr erstaunt darüber, wie sehr sich diese Partei in der Kooperation mit der CDU gewandelt habe. „Sechs Jahre lang haben wir mit den Grünen in der Ampelkooperation gute Entscheidungen für Düsseldorf getroffen. Nun sollte man den Arsch in der Hose haben, eine veraltete Planung zu verändern“, fordert Strack-Zimmermann. Die Fahrt vom Nordpark bis zum Flughafen haben sie am Sonntag (25.4.) genossen. Bestes Wetter, Polizeischutz, rote Ampeln im Pulk ignorieren: Schöner und komfortabler können rund 100 Radfahrer\*Innen nicht durch Düsseldorf kommen. Am Ziel aber hielten sie Protestplakate mit Gesetzestexten in die Höhe. Am Tag des Baumes demonstrierte die Baumschutzgruppe Düsseldorf dagegen, dass der Flughafen Düsseldorf ein komplettes Wäldchen roden will. Dort soll das neue Gewerbeviertel Airportcity II entstehen. Baumschützerin Andrea Vogelgesang sagt: „Für Büros und Hotels, die zurzeit niemand in Düsseldorf braucht.“

Die Forderung lautet: Das Wäldchen soll erhalten bleiben. Es sei zynisch, wenn manche Geschäftsleute und Politiker von wildem Gesträuch sprechen. „Hier stehen jede Menge hohe Bäume“, sagt Vogelgesang. Die Planungen zur Airportcity II müsse dringend an den heutigen Bedarf angepasst werden. Tatsächlich radeln die Demonstrant\*Innen durch die Airportcity I, in der Makler auf großen Schildern Nachmieter für leeren Büroraum suchen. Corona und Homeoffice lassen grüßen. Die Düsseldorfer FDP-Chefin und Bundestagsabge-



ordnete Marie Agnes Strack-Zimmermann nutzt die Fahrraddemo, um deftig gegen die Grünen in Düsseldorf auszuteilen. Sie sei schon sehr erstaunt darüber, wie sehr sich diese Partei in der Kooperation mit der CDU gewandelt habe. „Sechs Jahre lang haben wir mit den Grünen in der Ampelkooperation gute Entscheidungen für Düsseldorf getroffen. Nun sollte man den Arsch in der Hose haben, eine veraltete Planung zu verändern“, fordert Strack-Zimmermann. Von den kritisierten Grünen gab es vor Ort keine Gegenrede. Auf dem Facebookauftritt der Baumschutzgruppe hält der grüne Ratsherr Lukas Mielszerek den Kritikern entgegen, dass CDU und SPD mit ihrer Mehrheit stur an den Abholzplänen festhalten. Die Grünen hätten gemeinsam mit der CDU einen Kompromissplan ausgearbeitet, der mehr Bäume erhält als bislang vorgesehen – plus Ausgleichspflanzungen. Den Düsseldorfer Baumschützern reicht das nicht. Auf ihren Protestschildern stehen Gesetzestexte zum Schutz der Natur. Die Botschaft: Die Entscheider des Flughafens Düsseldorf und der Stadt samt den Grünen müssten sich nur an die bestehenden Gesetze halten, um Bäume in Düsseldorf besser zu schützen und Vorgärten und Baumscheiben insektenfreundlicher zu machen. Auch hier habe die bestehende Airportcity I einen erheblichen Nachholbedarf, wie die Demonstrant\*Innen am Sonntag feststellten. Sämtliche Baumscheiben im Gewerbeviertel am Flughafen bestehen aus grauen, nur scheinbar pflegeleichten Steinen.

*Report-D vom 26. April*

## **Gibt es statt der Rheinkirmes einen neuen Heimatsommer**

„Wir müssen überlegen, wie wir den Schaustellern helfen können, auch finanziell“, sagt FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus. „Unsere Schaustellerbetriebe sind zum größten Teil Familienunternehmen, die oft seit Generationen aktiv sind. Wenn diese Betriebe in den Konkurs gehen, verlieren wir dauerhaft einen attraktiven und wichtigen Teil der Düsseldorfer Tradition. Hier ist Helfen Pflicht.“ Das erneute Aus der Rheinkirmes in Düsseldorf trifft die Schausteller ins Mark. Jetzt geht es darum, wie sie das zweite Corona-Jahr überleben. Es gibt Politiker, die sich eine Herbstkirmes vorstellen können.

*Rheinische Post vom 29. April*

## **Stadtrat: Felix Droste folgt auf Sascha Henrich**

Felix Droste ist neues Ratsmitglied der FDP-Düsseldorf. Droste rückt für Sascha Henrich nach. Sascha Henrich wird seinen Hauptwohnsitz in eine Nachbargemeinde von Düsseldorf verlegen und scheidet daher aus dem Rat aus. Felix Droste wurde 1963 in Düsseldorf geboren. Nach dem Abitur folgten eine Verlagslehre im Girardet Verlag, das Studium der Volkswirtschaft mit Diplomabschluss und im Anschluss Tätigkeiten in Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften. 1982 trat er in die FDP ein und ist zur Zeit Vorsitzender des Ortsverbandes 5 (Düsseldorf-Nord). Droste ist General Manager im Droste Verlag und im Reisebüro Droste. Ausserdem ist er Vorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Post Mediengruppe und bekleidet zahlreiche Ehrenämter. Felix Droste ist verheiratet und hat 4 Kinder. Wir bedanken uns sehr herzlich bei Sascha Henrich für seine engagierte Arbeit und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Felix Droste im Team der Ratsfraktion Düsseldorf - Manfred Neuenhaus.

*FDP vom 29. April*



**Mai**

## Düsseldorfs Rheinkirmes wurde für das Jahr 2021 abgesagt

Düsseldorfs Rheinkirmes wurde für das Jahr 2021 abgesagt. Unser Fraktionsvorsitzender Manfred Jan Neuenhaus ist der Auffassung, dass, „wenn die Betriebe in den Konkurs gehen, wir [...] einen wichtigen Teil der Düsseldorfer Tradition“ verlieren. Deshalb müssen wir unbedingt helfen – auch finanziell. Dies trifft auf breite Zustimmung. Eine Verschiebung der Kirmes ist leider nicht möglich, sodass wir Alternativen brauchen und diese schaffen wollen. Denn es geht um langjährige Familienbetriebe und um Düsseldorfs Tradition.

*FDP vom 3. Mai*

## Israel-Fahne am Düsseldorfer Rathaus in Brand gesetzt

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus: „Für Antisemitismus gibt es in Düsseldorf keinen Platz! Die Anschläge auf jüdisches Leben sind widerlich und abstoßend. Die Freien Demokraten leiden mit den Menschen jüdischen Glaubens in Düsseldorf.“ FDP-Chef Christian Lindner: Für Antisemitismus gibt es in unserem Land keinen Platz. Jeder Angriff auf Juden in Deutschland ist ein Angriff auf uns alle. Niemand darf wegsehen oder schweigen. Wir müssen aufstehen. Wir Freie Demokraten stehen auf, auf uns können Sie zählen.“

*FDP vom 14. Mai*

## Rufe nach mehr Polizei in der Altstadt werden lauter

Auch die Düsseldorfer FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann meldete sich angesichts der Bilder zu Wort – sie hatte schon früher die Lage in der Altstadt scharf kritisiert. „Der Polizeipräsident muss jetzt eingreifen und auch der Oberbürgermeister muss aktiv werden, denn so geht es nicht weiter“, sagte Strack-Zimmermann. „Wenn man sich jetzt nicht dagegen wehrt, werden hier noch viel mehr Leute auflaufen.“ Natürlich könne man nicht die ganze Innenstadt sperren und wolle das auch gar nicht. „Aber es muss Polizei da sein und dafür sorgen, dass die Menschen sich angemessen benehmen und kein rechtsfreier Raum entsteht.“

*Rheinische Post vom 25. Mai*

## Autos in Düsseldorf sollen weg vom Heine-Platz

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus lehnt den Hof ab, warnt vor einer Bausünde und einem möglichen Brennpunkt für die Sicherheit außerhalb der Geschäftszeiten. Dies müsse zuerst besprochen werden. „Bevor die Platzgestaltung nicht geklärt ist, werden wir nicht der Verkehrsführung zustimmen.“ Düsseldorf Für die Neugestaltung des Heine-Platzes in Düsseldorf wird eine komplett neue Verkehrsführung über die Heinrich-Heine-Allee diskutiert. Autofahrer sollen sich an andere Wege gewöhnen. Die Taxibranche ist empört.

*Rheinische Post vom 28. Mai*



## Bleibt das Theatermuseum doch im Hofgarten?

„Das war 2014 eine interessante Idee (Das Haus in Erbpacht einem Privaten zu übertragen)“, sagt der Kulturausschussvorsitzende Manfred Neuenhaus (FDP), „aber es hat sich niemand gefunden.“ Als Neuenhaus nach der Kommunal-

wahl Vorsitzender des Kuratoriums wurde, bekam die Debatte neuen Wind, er bezeichnete die Pläne rückblickend als Fehler. Das Zeitfenster für die Entscheidung ist jetzt da, weil die Schaudepots im KAP 1 noch nicht eingebaut sind. Zudem wurde nach fünf Jahren Vakanz die Leitungsposition wieder besetzt: Der 34 Jahre alte Theaterwissenschaftler Sascha Förster wird neuer Direktor des Theatermuseums. Von ihm erhoffen sich die Kulturpolitiker neue Impulse.

*Rheinische Post vom 31. Mai*

## **Elternbeiträge: Mütter und Väter, die Kinder unter drei Jahren in Düsseldorf betreuen lassen, werden entlastet**

Die FDP-Ratsfraktion hatte sich für eine deutlich größere Entlastung der Eltern ausgesprochen. Christine Rachner (FDP): „Wenn ich sehe, wofür in Düsseldorf Geld ausgegeben wird, scheint die Entlastung junger Familien nicht mehr prioritär zu sein.“ Zudem habe Oberbürgermeister Stephan Keller sein Wahlversprechen nicht gehalten. Er habe Beitragsfreiheit auch im U3-Bereich in Aussicht gestellt. Die neue Beitragssatzung wurde mit breiter Mehrheit angenommen.

*Rheinische Post vom 3. Juni*



## **Bauen im Norden**

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus gehen die Pläne zu weit. „Schule und Sport – da gehe ich mit, aber als Liberale sehen wir keine Möglichkeit, hier weitere Bauflächen auszuweisen.“ Das laufe letztlich auf eine Zersiedelung hinaus. Und es sei nach der Airport City bereits der zweite Fall, der belege, dass der neuen Ratskooperation Bebauung offenbar doch wichtiger sei als das Klima.

*Rheinische Post vom 3. Juni*

## **Welche Regeln zur Gendersprache in Düsseldorf gelten**

FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann wünscht sich derweil mehr Lockerheit in der Debatte, es gehe schließlich nicht „um Krieg und Frieden“. Sie persönlich gendert, wo es ihrer Meinung nach Sinn ergebe und nicht komplett bemüht wirke. Das Gendersternchen lehne sie hingegen ab. „Das ist eine Form der Reduzierung von Sprache für Leute, die keine Zeit haben, vollständige Sätze zu sprechen.“

*Rheinische Post vom 8. Juni*

## **Jetzt steht fest, wann die Invictus Games nach Düsseldorf kommen**

Die Düsseldorfer FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, auch verteidigungspolitische Sprecherin der Liberalen im Bundestag, hat mit ihrer Fraktion vor gut drei Jahren mit einem Antrag im Parlament die Bewerbung angeschoben. Düsseldorf hatte sich zu Beginn des vorigen Jahres gegen die kanadische Stadt Victoria durchgesetzt. Erwartet werden 500 Athleten aus 20 Nationen sowie 1000 Familienangehörige und Freunde. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, und dazu gehören die Invictus Games. Sie finden 2023 in Düsseldorf statt, am Mittwoch wird sich der Sportausschuss des Bundestages mit dem Thema befassen. Auf Initiative von Marie-Agnes Strack-Zimmermann und der FDP-Bundestagsfraktion kommen die Invictus Games erstmals nach Deutschland. Im Invictus Games Park in Düsseldorf werden wir 2023 Sportlerinnen und Sportler aus aller Welt begrüßen. Gastgeber sind die Bundeswehr und die Stadt Düsseldorf. Die Invictus Games sind ein paralympisches Sportfestival für kriegsversehrte Soldaten. Unter dem Motto „A HOME FOR RESPECT“ werden

500 Athleten aus 23 Nationen sowie 1000 Familienangehörige und Freunde erwartet. Das Großereignis musste wegen der Corona-Pandemie verschoben werden. Jetzt steht fest: im September 2023 ist es soweit.

*Rheinische Post vom 9. Juni*

## **Fünf Polizisten am Wochenende in der Altstadt verletzt**

Bürger aus der Carlstadt äußerten massive Beschwerden. Die dort lebende FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann fordert NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) auf, Polizeipräsident Norbert Wessler abzuverufen. Das gute Wetter und die weiteren Lockerungen haben am Wochenende wieder sehr viele Menschen in die Düsseldorfer Altstadt und an die Rheinuferpromenade gelockt. Am Sonntagnachmittag war es am Rhein besonders voll. Die Polizei war vor allem abends mit einem großen Aufgebot vor Ort. Es kam zu zahlreichen Schlägereien und Eigentumsdelikten. Die Düsseldorfer Polizei hatte erneut deutliche Verstärkung aus dem Umland erhalten. Der Andrang bewege sich langsam wieder auf einem Niveau wie in Vor-Corona-Zeiten.

*Rheinische Post vom 14. Juni*



## **Düsseldorfer Politik sucht Lehren aus Altstadt-Randale**

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) hält derzeit an ihrer Rücktrittsforderung gegen Polizeipräsident Wessler fest. „Wir erleben einen Kontrollverlust.“ Die Behörden müssten hart gegen die Randalierer vorgehen, fordert sie. Zugleich müsse eine Diskussion darüber beginnen, wie man mit dem „gesellschaftlichen Phänomen“ umgehen kann. In der Altstadt seien Gruppen von aggressiven und offenbar frustrierten jungen Menschen zu erleben. Düsseldorf Verletzte Polizisten, wütende Anwohner: Die Zustände in der Altstadt werden immer stärker zum Politikum. Die CDU würde mehr Videoüberwachung begrüßen, die SPD sieht ein Versagen des Oberbürgermeisters.

*Rheinische Post vom 15. Juni*

## **Weiterer E-Scooter-Anbieter startet in Düsseldorf**

Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) erhält derzeit Unterstützung aus der Opposition für seinen Plan, Sperrzonen unter anderem in der Altstadt einzurichten. „Die Fahrzeuge müssen da weg“, findet auch Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und verweist auf Parkchaos und Unfallgefahr. Die Grünen, die mit der CDU ein Bündnis bilden, sind allerdings zurückhaltend. Und noch einer: Auch die Firma Bolt stellt ihre Fahrzeuge jetzt im Düsseldorfer Straßenraum auf – während die Politik über Parkzonen und Sperrgebiete diskutiert. Oberbürgermeister Keller erhält derzeit Unterstützung für seinen restriktiven Kurs.

*Rheinische Post vom 16. Juni*

## **Max-Stern-Ausstellung wird erneut zum Streitfall**

Manfred Neuenhaus (FDP), Vorsitzender des Kulturausschusses, zeigt sich angesichts der jüngsten Entwicklungen fassungslos. „Nach der Peinlichkeit vor drei Jahren erwarte ich jetzt die perfekte Ausstellung.“ Jeder, der zu der Ausstellung einen wesentlichen Beitrag leisten könne, gehöre zwingend zum Kuratorenteam. „Frau Dr. Anna, die Jüdische Gemeinde Düsseldorf und Wissenschaftler des Max-Stern-Projekts müssen eingebunden werden.“ Nach der umstrittenen Absage vor drei Jahren soll die Max-Stern-Schau nun im Herbst

in Düsseldorf eröffnet werden. Die Jüdische Gemeinde lehnt eine Zusammenarbeit aber ab und nennt klare Gründe. Oberbürgermeister Keller bemüht sich um Schadensbegrenzung.

*Rheinische Post vom 17. Juni*



## Rückenwind für Deutsches Fotoinstitut in Düsseldorf

Die Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) kämpft in Berlin für das DFI in der Landeshauptstadt. Sie fordert: „Zwei Parlamente haben Geld für das Deutsche Fotoinstitut in Düsseldorf beschlossen. Frau Grütters muss die Beschlüsse ausführen, sie hat sie nicht zu sabotieren.“ Die Liberale befürchtet, dass Grütters das DFI in die nächste Legislaturperiode ziehen und Düsseldorf ganz ausbooten will. Düsseldorf Starfotograf Andreas Gursky holt die SK Stiftung Kultur Köln ins Boot, die über 40.000 Fotografien verfügt. Düsseldorf kämpft weiter um die Einrichtung des Deutschen Fotoinstituts, OB Keller hat die Staatsministerin für Kultur angeschrieben.

*Rheinische Post vom 17. Juni*

## Düsseldorfer Politik will mehr für Fußgänger tun

Die FDP fordert im Stadtrat einen Fußgängerbeauftragten für Düsseldorf – und setzt damit CDU und Grüne unter Druck. Der Stadtrat wird sich in seiner kommenden Sitzung am 1. Juli mit den Fußgängern beschäftigen – und damit Verkehrsteilnehmer in den Fokus nehmen, über die oft wenig geredet wird. Anlass ist ein Antrag der FDP. Die Oppositionsfraktion fordert einen Fußgängerbeauftragten, der zum Beispiel bei der Planung von Straßen als Anwalt für die Belange der Fußgänger eintreten soll. Außerdem soll der Rat eine „Kleine Kommission“ zum Thema gründen, fordert die FDP. In der Begründung verweist Fraktionschef Manfred Neuenhaus darauf, dass in den Debatten um eine Verkehrswende meist über Rad und Rheinbahn gesprochen werde. „Dabei gehört das Zufußgehen zu den nachhaltigsten und ökologisch saubersten Mobilitätsformen.“ Außerdem bedeute es Lebensqualität. Aus Sicht der FDP gibt es aber im Alltag viel zu bemängeln. Werbesegel, Baustelleneinrichtungen, Verkehrsschilder, aber auch unachtsam abgestellte Fahrräder versperrten immer wieder den Weg – und zwingen Menschen mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl zu Slalomläufen. Dazu kämen viele Zonen, die sich Fußgänger und Radfahrer teilen müssen – aus Sicht der FDP für beide Seiten keine Freude. „Am Rheinufer oder in der Altstadt kann jeder täglich diese Erfahrung machen.“

*Rheinische Post vom 28. Juni*

## Juli

## Überraschende Wende zur Zukunft des Theatermuseums

„Das wäre für das Theatermuseum der Tod auf Raten gewesen“, sagt Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) zum lange geplanten Umzug des Theatermuseums in das Kap 1. Keller verbindet seinen Entschluss nun mit einem Dank an den Vorsitzenden des Kulturausschusses, Manfred Neuenhaus (FDP), der sich mit dem Kuratorium seit Monaten für einen Erhalt des Museums im Hofgarten stark gemacht hatte. Dies auch mit Blick auf die gerade neu besetzte Leitungsposition, vom Theaterwissenschaftler Sascha Förster verspricht sich die Stadt frischen Wind für das Haus.

*Rheinische Post vom 4. Juli*

## Kritik an der Terminvergabe für Bürgerbüros

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Manfred Neuenhaus wollte mit dem Antrag kein Verwaltungs-Bashing betreiben, aber es sei schon viel zu spät, das Problem anzugehen. „Die Leute verzweifeln, weil es fast keine Chance gibt, einen Termin zu bekommen. Nicht jeder hat die Zeit, sich um 6.30 Uhr vor den Computer zu setzen und auf einen Termin zu hoffen – es ist ein reines Glücksspiel“, sagt Neuenhaus. Er weist darauf hin, dass etwa die Überschreitung der Meldefrist mit einer Strafe belegt werden kann und sagt zugespitzt: „Wahrscheinlich bekommt man den Bescheid mit dem Ordnungsgeld schneller als einen Termin.“ Die FDP hatte in der vergangenen Woche bereits im Stadtrat einen Antrag für eine Verbesserung der Terminvergabe gestellt und wollte die Verwaltung damit beauftragen, umgehend zu reagieren. Der Antrag musste jedoch aus zeitlichen Gründen geschoben werden. Die Politik fordert die Verwaltung aber auch ohne Debatte zum Handeln auf – und das möchte diese auch tun.

*Rheinische Post vom 7. Juli*

## August

## Strack-Zimmermann würde gern mit CDU und Grünen regieren

Die Düsseldorfer FDP startet selbstbewusst in den Endspurt vor der Bundestagswahl. Auf 1000 Großplakaten sind die Bundestagsabgeordnete Strack-Zimmermann und Parteichef Christian Lindner zu sehen – der auch zu einem besonderen Termin nach Düsseldorf kommt. Die Düsseldorfer Bundestagskandidaten Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Christoph Schork vor einem Großplakat. Das Ampel-Bündnis mit SPD und Grünen im Rathaus lobt Marie-Agnes Strack-Zimmermann immer noch als Erfolgsgeschichte, aber in Berlin würde die FDP-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete ein Bündnis mit der CDU und den Grünen bevorzugen. „Wir haben ein hohes Interesse mitzuregieren“, sagte Strack-Zimmermann beim Auftakt des Wahlkampfs in Düsseldorf. „Man darf CDU und Grüne nicht alleine lassen.“ Auch eine sogenannte Deutschland-Koalition mit CDU und SPD sieht sie als gute Option. Die 63-Jährige hat Erfahrung mit Koalitionsverhandlungen auch in der Hauptstadt: Sie saß bei den gescheiterten Gesprächen um ein Bündnis von CDU, Grünen und FDP 2017 als damalige stellvertretende Parteivorsitzende mit am Tisch. „Es war richtig, damals nicht zu regieren“, findet sie immer noch. Seinerzeit wären die Liberalen auf die Rolle des Machtbeschaffers für Angela Merkel (CDU) und Katrin Göring-Eckardt (Grüne) reduziert gewesen, jetzt erhofft sie sich eine stärkere Position. Angesichts der guten Umfragewerte und des sicheren Wiedereinzugs von Strack-Zimmermann, die auf Platz 2 der NRW-Landesliste hinter Christian Lindner steht, gehen die Liberalen in der Landeshauptstadt selbstbewusst in die letzten Wochen vor der Bundestagswahl am 26. September.

Zu ihren Forderungen zählen mehr Engagement für Digitalisierung und der Verzicht auf Steuererhöhungen. Christoph Schork, Direktkandidat für den südlichen Wahlkreis, hat das nachhaltige Wirtschaften zu seinem Leitthema erklärt. Strack-Zimmermann fordert unter anderem eine Stärkung der Kommunen im Kampf gegen veröden Innenstädte. Der 1100 Mitglieder starke Kreisverband lässt sich den Wahlkampf diesmal 80.000 Euro kosten. Auf 100 Großplakaten sind Strack-Zimmermann und Spitzenkandidat Lindner zu sehen. Hinter der bundesweiten Kampagne steht wieder die Agentur Heimat, die Strack-Zimmermann auch im Oberbürgermeisterwahlkampf unterstützt hat. Dazu kommen



1000 Plakate im kleineren Format A0. Lindner wird am 25. September, dem Tag vor der Wahl, zur Abschlusskundgebung nach Düsseldorf kommen. Auch in der Bundespartei weiß man um die Stärke der Liberalen in Düsseldorf: Bei der letzten Bundestagswahl 2017 erhielten sie hier ihr bestes Ergebnis bundesweit.

*Rheinische Post vom 13. August*

## **Mammutprojekt für Nahverkehr**

Der Tunnel könnte die Lösung sein. „Das wäre ein Meilenstein“, sagt FDP-Verkehrspolitiker Manfred Neuenhaus. „Erst die Schienenanbindung würde eine Weiterentwicklung des Düsseldorfer Ostens ermöglichen.“ Auf dem Gelände der Bergischen Kaserne soll ein Wohngebiet entstehen. Die Politik sucht Ideen für neue Straßenbahnstrecken – eine der spektakulärsten könnte über den Rhein führen. Zur Diskussion steht der Plan, eine neue Schienenverbindung vom Gewerbegebiet Seestern über die Theodor-Heuss-Brücke und weiter bis zum Staufenplatz in Grafenberg zu bauen. Von dort könnte die Bahn durch einen Tunnel nach Ludenberg und dann weiter bis zur Bergischen Kaserne fahren – oder sogar nach Mettmann.

*Rheinische Post vom 21. August*

Die Freien Demokraten wollen innovative Mobilitätskonzepte zur Reinhaltung der Luft in Düsseldorf. Dazu gehört den ÖPNV zu stärken und ausbauen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass mehr Menschen den ÖPNV auf der Schiene benutzen und wir wollen den Menschen zusätzliche Angebote auf der Schiene machen. Neue Wohngebiete in Düsseldorf brauchen zwingend schon bei der Planung ein eigenes Verkehrskonzept.



## **Neue Oper an gewohnter Stelle**

Manfred Neuenhaus (FDP), der Vorsitzende des Kulturausschusses, sagt klipp und klar: „Für mich ist der Standort Heinrich-Heine-Allee gestorben. Wir brauchen mehr Platz.“ Er halte nichts davon, die Pläne zu minimieren, wenn es um eine Oper für alle gehe. „Wenn wir jetzt zusammenstreichen, sind am Ende alle unzufrieden.“ Der neue Vorschlag für das Südennde der Kö, wo die Oper auf 8000 Quadratmetern ebenso zentral und gut erschlossen entstehen könnte, wirkt deswegen wie eine Befreiung. Fils nennt den SOP-Entwurf „sensationell“, Neuenhaus begrüßt es, „wenn der Schandfleck Telekom-Haus abgerissen werden könnte“. Raub fragt, „warum uns dieser Vorschlag nicht früher gemacht wurde“. Die Oper an der Heinrich-Heine-Allee ist beliebt, aber dort ist wenig Platz für die heutigen Ansprüche an einen Neubau. Deswegen wird ein anderer Standort interessant.

*Rheinische Post vom 21. August*

## **Düsseldorf erwägt Straßenbahn über die Theodor-Heuss-Brücke**

Damals zeigte sich, dass eine oberirdische Strecke über oder neben der B7 nicht möglich ist (obwohl sie nun wieder als Option eingetragen ist.) Der Tunnel könnte die Lösung sein. „Das wäre ein Meilenstein“, sagt FDP-Verkehrspolitiker Manfred Neuenhaus. „Erst die Schienenanbindung würde eine Weiterentwicklung des Düsseldorfer Ostens ermöglichen.“ Auf dem Gelände der Bergischen Kaserne soll ein Wohngebiet entstehen. Die Theodor-Heuss-Brücke in Düsseldorf muss ohnehin saniert werden – sogar ein Abriss droht. Nun wird diskutiert, ob nicht gleich eine Straßenbahnstrecke mitgeplant wird. Sie könnte bis in ein Neubaugebiet am anderen Ende der Stadt reichen.

*Rheinische Post vom 21. August*

## Erstes Präsenztreffen der Ratsfraktion seit 12 Monaten

Zu einem gemeinsamen Mittagessen traf sich die Düsseldorfer FDP-Ratsfraktion diesen Sonntag. Coronabedingt konnte Fraktionschef Manfred Neuenhaus die gesamte Fraktion zum ersten Mal seit einem Jahr zu einem Präsenztreffen begrüßen. Natürlich wurde die 3G-Regel beachtet. Neben dem lebhaften Austausch zur Kommunalpolitik in Düsseldorf stand selbstverständlich auch der Bundestagswahlkampf im Focus. Unsere Bundestagskandidaten Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Christoph Schork konnten sich für unser Treffen kurz Zeit nehmen. Herzlichen Dank dafür. Eins ist klar: Die Fraktion ist hochmotiviert für ihre Arbeit im Rathaus und natürlich für den Bundestagswahlkampf. Nie gab es mehr zu tun: Bundestagswahl am 26. September 2021.

*FDP vom 22. August*



## Wie es mit der Gastronomie in Parkbuchten weitergeht

Manfred Neuenhaus (FDP) wünschte sich im Ausschuss, dass in etwas mehr als einem Jahr zur weiteren Vorgehensweise auch Einschätzungen vor Ort eingeholt werden. Die Anwohner sollten befragt und die Bezirksvertreter mitangehört werden. „Weil die Flächen die Stadtteile verändert haben“, sagte er. Außerdem mahnte er an, dass in den Wintermonaten die Flächen nicht als Abstellplatz für Stühle und Tische der Gastronomen benutzt werden sollten, dafür sei die Idee nicht gedacht gewesen. Düsseldorf Im Verkehrsausschuss wurde über eine mögliche dauerhafte Umwidmung von Parkplätzen in Flächen für die Außengastronomie in Düsseldorf diskutiert. Wie es nun damit weitergehen soll.

*Rheinische Post vom 26. August*

## So wird über die Zukunft der Kö entschieden

Auch die FDP lehnte den Antrag einer autofreien Kö ab. Der Einzelhandel habe die Einkaufsstraße 100 Jahre lang geprägt, für die weitere Planung müsse man den Einzelhandel der Kö nun mitnehmen, weil er von zentraler Bedeutung für die ganze Stadt sei, meinte Manfred Neuenhaus. In Abstimmung mit der IG Kö hat die Verwaltung einen Entwurf vorgestellt, wie Düsseldorfs berühmteste Straße in naher Zukunft aussehen könnte. Ob die Kö auch irgendwann einmal autofrei ist, soll ein Workshopverfahren zeigen.

*Rheinische Post vom 27. August*

## Geplanter Umbau: Streit um Düsseldorfer Bahnhofsvorplatz

Expertinnen und Experten aus der Stadtpolitik glauben auch nicht mehr an einen baldigen Baustart. Manfred Neuenhaus von der FDP, im Gespräch mit AD: Wann wird der Vorplatz des Düsseldorfer Hauptbahnhofs umgebaut? Viele Menschen, die den Bahnhof oft nutzen, wünschen sich das seit Jahren – passiert ist wenig.

*Antenne Düsseldorf vom 31. August*

## September

## Neue Chancen für den Großmarkt

Völlig anders sieht das Manfred Neuenhaus von der FDP, weshalb er im Rat für die Auflösung stimmte. Doch er ließ eine Hintertür offen. „Wenn sich

Händler finden, die einen regionalen Großmarkt aufbauen wollen, und aus der Umgebung regionale Produkte verkaufen, dann kann man mit denen sicher was machen.“ Das beschlossene Aus für den Großmarkt in Düsseldorf soll eine Chance für etwas Neues sein. Ein Teil der Händlerschaft will den Marktplatz privat weiterführen. Unter welchen Umständen das gelingen könnte und was die Politik davon hält.

*Rheinische Post vom 1. September*

### Muss der Uerige Teile seiner Terrasse abgeben?

Zum von ihnen gewünschten Erhalt der Terrassenflächen des Uerige scheint es keine Übereinkunft zu geben. „Es gibt diese Einigung nicht“, sagte FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus im Planungsausschuss nach einem Gespräch mit Uerige-Baas Michael Schnitzler. Der bestätigt das unserer Redaktion. Neuenhaus will an diesem Montag Kontakt zu den Planungssprechern der Ratsfraktionen aufnehmen und einen Vor-Ort-Termin mit der Verwaltung vereinbaren. „Das ist ein funktionierender Ort“, sagt Neuenhaus, „er sollte nicht kaputtgemacht werden.“

*Rheinische Post vom 6. September*

### Stadsicherheit Thema im Rat

Stadsicherheit Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) forderte eine schnelle Strategie gegen Gewalt in der Stadt. Aus Sicht ihrer Partei nehmen gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von vor allem jungen Menschen und den Ordnungskräften in Düsseldorf, aber auch in anderen Großstädten rapide zu. Die FDP unterstütze das Eingreifen und das Durchgreifen der Ordnungskräfte, aber die Gewalt und Respektlosigkeit einzelner Gruppen gegenüber den Einsatzkräften sei nicht hinnehmbar. Strack-Zimmermann sprach sich dafür aus, gemeinsam im Stadtrat nach einer Lösung des Problems zu suchen, das nicht nur in der Altstadt und Carlstadt vorliege. Andreas Hartnigk (CDU) sah das Thema dagegen besser im Fachausschuss aufgehoben, „wir haben aber keine Zeit zu verlieren“, erwiderte darauf Mirko Rohloff (FDP) und sprach damit die jüngsten Ereignisse an, als etwa in der Altstadt ein Rettungseinsatz massiv gestört wurde. Mit einer Mehrheit wurde der FDP-Antrag doch in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss verwiesen.

*Rheinische Post vom 17. September*

Aus dem Rat – FDP hat 3 Anträge eingebracht:

- Fußgängerbeauftragte\*r für die Landeshauptstadt Düsseldorf
- Strategie gegen Gewalt in der Stadt
- Verbesserung der Terminvergabe in den Bürgerbüros

Düsseldorf soll einen Fußgängerbeauftragten bekommen. Die FDP hatte den Antrag gestellt, „weil es die schwächste Gruppe“ im Verkehr ist, sagte Fraktionschef Neuenhaus. CDU und Grüne nahmen die Idee in einem Änderungsantrag auf, wollen aber vielmehr, dass die Verwaltung möglichst bis zum Jahresende ein Konzept vorlegt, das für die Belange der Nahmobilität – insbesondere für Fußgänger – Ansprechpartner vorsieht.

Stadsicherheit Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) forderte eine schnelle Strategie gegen Gewalt in der Stadt. Aus Sicht ihrer Partei nehmen gewalttätige



ge Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von vor allem jungen Menschen und den Ordnungskräften in Düsseldorf, aber auch in anderen Großstädten rapide zu. Die FDP unterstütze das Eingreifen und das Durchgreifen der Ordnungskräfte, aber die Gewalt und Respektlosigkeit einzelner Gruppen gegenüber den Einsatzkräften sei nicht hinnehmbar. Strack-Zimmermann sprach sich dafür aus, gemeinsam im Stadtrat nach einer Lösung des Problems zu suchen, das nicht nur in der Altstadt und Carlstadt vorliege. Andreas Hartnigk (CDU) sah das Thema dagegen besser im Fachausschuss aufgehoben, „wir haben aber keine Zeit zu verlieren“, erwiderte darauf Mirko Rohloff (FDP) und sprach damit die jüngsten Ereignisse an, als etwa in der Altstadt ein Rettungseinsatz massiv gestört wurde. Mit einer Mehrheit wurde der FDP-Antrag doch in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss verwiesen.

**Terminvergabe in Bürgerbüros** Der Antrag wurde von Felix Droste begründet und nach eingehender Debatte wurde der Beschluss verschoben.

*Rheinische Post / FDP vom 17. September*

## **Akademie-Pläne sorgen für Aufregung**

„Die Diskussion beginnt erst, und sie wird mit Sicherheit lebhaft sein“, sagt etwa FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus: „Aber sie wird auf jeden Fall geführt werden müssen.“ Das gehöre dazu, wenn jemand einen Bau von derartigem öffentlichen Interesse plane – speziell direkt am Akademiegebäude, das „für sich schon ein Juwel“ sei. Er persönlich finde den Entwurf schön, könne aber verstehen, dass es eine kritische Haltung dazu gibt. Die Düsseldorfer Kunstakademie plant einen spektakulären Erweiterungsbau. Bei Experten und im Netz lösen die Entwürfe eine heftige Debatte aus. Die Politik zeigt sich offener für das treppenförmige Gebäude, das um bestehende Bäume herumgeplant wird.

*Rheinische Post vom 21. September*



## **Der Kampf gegen die Finanzkrise**

Lediglich die FDP wagte sich vor, was in der Opposition selbstverständlich leichter fällt. Fraktionschef Manfred Neuenhaus: „Wir teilen die Auffassung der Verwaltungsspitze nicht, weitere 1300 Stellen in der Stadtverwaltung zu besetzen. Dies würde den Haushalt derart belasten, dass die Kürzung von wichtigen Leistungen die unumgängliche Folge wäre.“ Sicher, die Forderung nach einer schlanken Verwaltung seitens der FDP ist nicht neu. Von einem Sparkurs hält sie zudem nichts. Sie fordert, Liquidität ohne neue Kredite bei Banken zu beschaffen. Vielleicht ist eine Art neuer Kanaldeal tatsächlich das Ergebnis der kommen Beratungen. Aber würde das reichen?

### **Hier meine gesamte Stellungnahme: FDP-Ratsfraktion zum Haushalt 2022**

Sparsamer wirtschaften, Investitionen nicht drosseln, Schuldenfreiheit bis 2024 wieder herstellen und neue Liquidität für die Stadt beschaffen.

1. Rückkehr zu einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung bei allen Aufgaben der Stadt. Wir können uns in Düsseldorf (noch) alles leisten was wirklich notwendig ist – wir müssen aber die laufenden Ausgaben („Konsumptive Ausgaben“) verringern. Dies kann jetzt noch durch bessere Haushaltsführung der einzelnen Dezernate erreicht werden, ohne dass wichtige Leistungen gekürzt werden.

2. Wir teilen daher die Auffassung der Verwaltungsspitze nicht, weitere 1300 Stellen in der Stadtverwaltung zu besetzen. Dies würde den Haushalt derart belasten, dass die Kürzung von wichtigen Leistungen die unumgängliche Folge wäre. Die Verwaltung der Zukunft muss durch die Digitalisierung schlanker und effektiver werden und gleichzeitig einen besseren Bürgerservice anbieten.

3. Um die Folgen der Coronakrise wirtschaftlich abzufangen und den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft stabil zu halten, dürfen die städtischen Investitionen jetzt nicht gedrosselt werden. Dazu muss die Ratsmehrheit aus CDU und GRÜNEN neue Liquidität – ohne Kreditaufnahmen bei Geldinstituten – beschaffen. Seit 1999 hat jede Ratsmehrheit (bis 2020 immer mit der Beteiligung der FDP) das Geld für große Investitionen (Arena, Kö-Bogen I und II) zusätzlich zum laufenden Haushalt aufbringen müssen.

Wenn dies der schwarz-grünen Mehrheit nicht gelingt taumelt die Stadt in die Schuldenfalle. Damit verlöre Düsseldorf sein Alleinstellungsmerkmal als besonders attraktiver Wirtschaft- und Dienstleistungsstandort in Konkurrenz zu anderen Städten. Diesem Alleinstellungsmerkmal – der Schuldenfreiheit im Kernhaushalt – verdankt Düsseldorf aber einen Großteil seines Wohlstands und der Arbeitsplätze. Es steht für Düsseldorf viel auf dem Spiel. Deshalb fordert die FDP die Rückkehr zur Schuldenfreiheit bis 2024.

*Rheinische Post vom 23. September*



## So will Christoph Schork in den Bundestag einziehen

Der FDP-Kandidat will bezahlbaren Wohnraum mit kreativen Ideen schaffen. In Düsseldorf hat er sich unter anderem für eine eigene Busspur an der Münchener Straße eingesetzt. Wie er sich in Berlin gerne einbringen würde. Bei der Bundestagswahl am 26. September wird in den beiden Düsseldorfer Wahlkreisen jeweils ein Direktmandat vergeben. Um bei der Wahlentscheidung zu helfen, stellen wir die Bewerber der sechs im Bundestag vertretenen Parteien in einem Kandidaten-Check vor – zunächst im südlichen Wahlkreis 107.

**Wer ist der Kandidat?** Der 50-jährige Christoph Schork stammt aus der Nähe von Heidelberg und lebt seit mehr als 20 Jahren in Düsseldorf. „Inzwischen bin ich ein überzeugter Rheinländer“, sagt der Wirtschaftsanwalt, der in der Kölner Niederlassung einer großen Kanzlei arbeitet. Dort beschäftigt er sich unter anderem mit Gesellschaftsrecht und Risikokapital. Der 50-Jährige ist verheiratet und hat vier Kinder zwischen sieben und 14 Jahren. „Schon deshalb interessiert mich alles, was mit Bildung und Digitalisierung zu tun hat.“ Der Beruf, die Familie und seine politische Leidenschaft prägen seine Tage. „Zum Fernsehschauen komme ich so gut wie nie“, sagt Schork.

**Was sind die wichtigsten politischen Stationen?** Die Bürger kennen Schork, der 1997 in die FDP eintrat, aus der Kommunalpolitik. Acht Jahre lang engagierte er sich in der Bezirksvertretung 9. Im vergangenen Jahr verfehlte er auf Listenplatz 10 knapp den Einzug in den Rat. Als bürgerschaftliches Mitglied

engagiert er sich aktuell im Wohnungsausschuss. Seit 2016 kümmert er sich im FDP-Vorstand um die Finanzen. Inspiriert haben ihn Liberale wie Hans-Dietrich Genscher und Burkhard Hirsch.

**Wofür steht der Kandidat politisch?** Neben der Wohnungspolitik („wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum“) will Schork mit zwei Themen punkten, die nicht alle Wähler auf Anhieb zu den Kernkompetenzen der FDP zählen: Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die Stromsteuer würde er senken, die EEG-Umlage abschaffen. „Und wir müssen dringend die Speichertechnologie ausbauen.“ Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die zu Verhaltensänderungen führt, findet er richtig. Seit ihm seine Kinder am Esstisch die Frage stellen, was er tun will, damit sie in 30 oder 40 Jahren noch gut leben können, ist ihm das Thema noch wichtiger geworden.

**Was will der Kandidat für Düsseldorf erreichen?** Schork fordert intelligente Konzepte, damit Wohnen auch in boomenden Metropolen wie Düsseldorf wieder bezahlbarer wird. Als Blaupause dient ihm das Handlungskonzept Wohnen. Holz müsse beim Hausbau an Bedeutung gewinnen, ebenso wie der Ausbau von Dachgeschossen und Hinterhöfen. Einen Mietendeckel lehnt der Liberale ab.

*Rheinische Post vom 26. September*

## So will Marie-Agnes Strack-Zimmermann wieder in den Bundestag einziehen

Bei der Bundestagswahl am 26. September wird in den beiden Düsseldorfer Wahlkreisen jeweils ein Direktmandat vergeben. Heute im Porträt: Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Um bei der Wahlentscheidung zu helfen, stellen wir die Bewerber der sechs im Bundestag vertretenen Parteien vor – jetzt aus dem nördlichen Wahlkreis 106. Heute: Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP.

**Wer ist die Kandidatin?** Marie-Agnes Strack-Zimmermann (63) ist das prominenteste Gesicht der FDP in Düsseldorf. Die promovierte Publizistin gehört seit 2004 zum Stadtrat, führt seit 2014 den Kreisverband, sitzt seit vier Jahren im Bundestag – und trat im vergangenen Jahr vergeblich bei der Oberbürgermeisterwahl an. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder und wohnt in der Carlstadt. Was sind die wichtigsten politischen Stationen? Strack-Zimmermann kam 1999 über die Bezirksvertretung in ihrer damaligen Heimat Gerresheim in die Politik. Einen Namen machte sie sich als Fraktionschefin im Stadtrat und Erste Bürgermeisterin von 2008 bis 2014. Nach dem Debakel der FDP bei der Bundestagswahl 2013 gehörte sie als stellvertretende Bundesvorsitzende zu den führenden Akteuren beim Wiederaufbau der Partei.

**Wofür steht die Kandidatin politisch?** In der Bundestagsfraktion ist Strack-Zimmermann die Sprecherin für zwei sehr unterschiedliche Themen. In der Verteidigungspolitik kritisierte sie zuletzt scharf die Politik der Bundesregierung in Afghanistan. Daneben kümmert sie sich um Kommunalpolitik und soll dabei ihre Erfahrung aus Düsseldorf einbringen. Für bundesweites Aufsehen sorgte sie im vergangenen Jahr, als sie umgehend die – mit den Stimmen der AfD erfolgte – Wahl ihres Parteifreunds Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten öffentlich als „unter Demokraten inakzeptabel und unerträglich“ kritisierte.

**Was will Strack-Zimmermann für Düsseldorf erreichen?** Sie fordert mehr Rechte für Kommunen bei der Innenstadtentwicklung. Auch das Düsseldorfer



Rathaus soll stärker steuern können, wo sich welcher Einzelhandel ansiedelt – und dadurch einer Verödung der Einkaufsstraßen entgegenwirken. Strack-Zimmermann fordert außerdem mehr Geld für die Städte.

**Wie stehen die Chancen?** Ihr Wiedereinzug in den Bundestag ist durch NRW-Listenplatz 2 sicher.

*Rheinische Post vom 26. September*



### Die FDP-Düsseldorf erreicht mit Strack-Zimmermann das beste Wahlkreisergebnis in Nordrhein-Westfalen

Strack-Zimmermann erreichte das beste Wahlkreisergebnis in Nordrhein-Westfalen. Die FDP in Düsseldorf erzielte das beste Ergebnis der 10 größten Städte in NRW. Strack-Zimmermann weiter Mitglied des Deutschen Bundestages. FDP-Düsseldorf erhielt mit 14.3% in Düsseldorf das viertbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Die FDP, die im KIT feierte, zeigte sich ebenfalls zufrieden. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) sprach von einem „ganz tollen Abend in der Geschichte der FDP“. Vier Jahre nach einem zweistelligen Ergebnis im Bund habe man das Gleiche erneut geschafft: „Das bestätigt uns, dass wir einen guten und seriösen Wahlkampf gemacht haben.“

*Rheinische Post vom 27. September*

## Oktober

### Die Freien Demokraten Düsseldorf trauern um Dr. Manfred Droste

Mit ihm verlieren wir einen engagierten und überzeugten Verfechter liberaler Werte und einen klugen Ratgeber. Wir sind Manfred Droste dankbar für alles, was er für Düsseldorf und die Freien Demokraten getan hat. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie. Wir werden dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann  
MdB Kreisvorsitzende FDP Düsseldorf

Manfred Jan Neuenhaus  
Fraktionsvorsitzender der FDP im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

*FDP vom 21. Oktober*

### Abstimmung über die neue Quote für bezahlbaren Wohnraum

Sebastian Rehne stimmte für die FDP dem neuen Konzept zu, sah jedoch auch Punkte kritisch. Mehr Einzelfallbeurteilungen der Verwaltung könnten etwa zu mehr Unsicherheit bei Investoren führen. Bezahlbarer Wohnraum in Düsseldorf ist ein knappes Gut. In einer lebhaften Debatte im Fachausschuss wurden die Vorschläge von CDU und Grünen vielfach kritisiert. Nun gab es eine erste Entscheidung. CDU, Grüne und FDP haben im Wohnungsausschuss am Montag die Überarbeitung des Handlungskonzeptes Wohnen auf den Weg gebracht. Unter anderem SPD und Linke stimmten gegen den Antrag von Schwarz-Grün.

*Rheinische Post vom 27. Oktober*



## FDP-Chefin fordert Ablösung des Düsseldorfer Polizeipräsidenten

CDU und FDP üben nach den erneuten Gewalttaten scharfe Kritik an der Amtsführung von Polizeipräsident Norbert Wesseler. Er zeige zu wenig Engagement in Sachen Altstadt-Sicherheit. Wesseler wehrt sich. Nach den erneuten Gewalttaten in der Altstadt wächst der Druck auf Polizeipräsident Norbert Wesseler. Kritiker werfen ihm zu wenig sichtbare Bemühungen um eine Besserung der Lage vor. „Der Polizeipräsident findet nicht statt“, kritisiert der CDU-Landtagsabgeordnete Olaf Lehne. „Er ist nicht vor Ort und löst die Probleme nicht.“ Wesseler müsse angesichts der jüngsten Ereignisse mehr Engagement zeigen.

FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann fordert sogar eine Ablösung des 62-Jährigen. Sie begrüße den Vorstoß von Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU), die Altstadt zur Waffenverbotszone zu machen, sei aber skeptisch, was die Umsetzung durch die Polizei angeht. „Wenn der Polizeipräsident weiter kaum präsent ist, schwant mir nichts Gutes“, so die Liberale. Innenminister Herbert Reul (CDU) müsse die Probleme in der Landeshauptstadt endlich ernstnehmen und einen neuen Polizeipräsidenten installieren. Der Rechtsstaat müsse jetzt durch starke Persönlichkeiten vertreten werden, die deutlich wahrnehmbare Signale aussendeten. Bei Anwohnern und Politik ist unter anderem das Fehlen von Wesseler bei wichtigen Terminen ein Gesprächsthema. So war er etwa bei keinem der beiden Rundgänge von Oberbürgermeister Stephan Keller und Innenminister Reul anwesend. Kritiker werfen ihm vor, auch in den Gesprächen mit der Stadt zur Sicherheitsstrategie zu wenig aktiv mitzuwirken. Auch bis zu Innenminister Reul ist die Kritik dem Vernehmen nach durchgedrungen. Eine Absetzung des politischen Beamten steht aber offenbar nicht zur Debatte. Der Innenminister hätte die Möglichkeit, ihn in den Ruhestand zu versetzen – so wie es Vorgänger Ralf Jäger (SPD) nach den Vorfällen in der Silvesternacht 2015/16 mit dem Kölner Polizeipräsidenten Wolfgang Albers getan hat. Ein solcher Schritt hätte aber politische und rechtliche Risiken. Auf Nachfrage im Ministerium hieß es am Montag, man äußere sich grundsätzlich nicht zu Personalien.

Wesseler weist die Vorwürfe zurück. „Ich stelle mich gerne sachlicher Kritik, kann diese so aber nicht nachvollziehen“, teilt er unserer Redaktion mit. Noch im Juli habe er einen Pressetermin in der Altstadt wahrgenommen. „Darüber hinaus lasse ich mich ständig von meinen eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus der Polizeiinspektion Mitte informieren.“ Zusätzlich mache er sich häufiger privat ein Bild. „Die beiden Taten haben mich sehr betroffen gemacht und gehen mir persönlich nahe.“ Seine Nichtteilnahme an den Terminen mit dem Innenminister sage nichts über sein Engagement in Sachen Altstadt-Sicherheit aus, so Wesseler weiter. Das Thema liege ihm am Herzen. Sein direkter Ansprechpartner, Polizeiinspektions-Leiter Thorsten Fleiß, sei dabei gewesen. Der Jurist Wesseler hatte 2014 unter der rot-grünen Landesregierung die Leitung der Düsseldorfer Polizei übernommen. Er ist Sozialdemokrat. Bei der Kommunalwahl 2020 war er vergeblich als Bürgermeister in seiner westfälischen Heimatstadt Vreden angetreten.

*Rheinische Post vom 27. Oktober*



### FDP Ratsfraktion fordert Digitalfonds für Jugendliche

Die FDP-Ratsfraktion beantragt in der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Digitalfonds, durch den innovative Beteiligungsmöglichkeiten finanziert werden sollen, welche die Digitalisierung von und für Jugendliche aller Bevölkerungsgruppen fördern. „Während der Corona Pandemie hat sich im Rahmen des „Homeschoolings“ gezeigt, dass für viele Familien der Umgang mit digitalen Medien schwer war“, sagt die jugendpolitische Sprecherin der FDP Ratsfraktion Christine Rachner „Allerdings konnten die jungen Menschen im Laufe des letzten Jahres Erfahrungen im Onlinearbeiten sammeln, die in Zukunft nicht verloren gehen dürfen. Die Jugendlichen sollen mehr Möglichkeiten erhalten mit ihrer gewonnenen Erfahrung klare Bedarfe zu identifizieren, die Anregungen für weiteres Handeln in der Jugendhilfe, aber auch in der Stadtgesellschaft bringen“, fügt Rachner hinzu. Jungen Menschen werden mit diesem Geld Förderwege finanziert, auf denen sie ihre Ideen zum Thema Digitalisierung niederschwellig verwirklichen können.

*FDP vom 27. Oktober*

### November



### Pandemie-Bekämpfung: Warum die Luftfilter in Düsseldorfer Schulen für Irritationen sorgen

Der Einbau von Luftreinigungsanlagen an rund 90 Düsseldorfer Schulen hat bei Eltern für Verunsicherung gesorgt. „Einige Mütter und Väter vermuteten, dass von den Anlagen womöglich ein Krebsrisiko ausgehen könnte“, sagt FDP-Ratsherr Mirko Rohloff. Deshalb sei an bestimmten Standorten sogar diskutiert worden, ob es nicht besser sei, die Anlagen vorübergehend abzuschalten. Zuvor waren die Geräte so ausgerichtet worden, dass der jeweils austretende Luftstrahl nicht mehr direkt auf Kinder treffen konnte.

*Rheinische Post vom 1. November*

### Gewalt in der Altstadt

Es gibt viele Ansätze, aber keine klare Lösung. „Wir sehen viel guten Willen, aber auch eine Hilflosigkeit, die mich bestürzt“, sagte Manfred Neuenhaus von der FDP-Ratsfraktion. Schon im Juni hatten die Fraktionen von FDP und SPD/Volt zwei Anträge zur Strategie gegen Gewalt in der Stadt gestellt. Zwar solle das Thema nicht von Gremium zu Gremium geschoben werden, hieß es, doch am Ende passierte genau das. Die Ratsmehrheit aus CDU und Grünen hatte angekündigt, eine neue Lenkungsgruppe für Brennpunkte ins Leben rufen: die sogenannte Innenstadtkonferenz mit Vertretern von Ordnungsamt, Polizei, Justiz und weiteren kommunalen Behörden. Hier soll die Altstadt noch mal Thema sein.

*Rheinische Post vom 1. November*

### In diesen Düsseldorfer Quartieren kommt jetzt Anwohnerparken

Im Ausschuss sorgte die Idee für Protest der FDP. Fraktionschef Manfred Neuenhaus beklagt, der Schritt komme zu früh. „Sie haben keinen Plan, wo die Menschen ihre Autos künftig lassen sollen“, warf er der schwarz-grünen Ratsmehrheit vor. Es handele sich um eine „reine Erziehungsmaßnahme“. „Die Leute werden zurecht auf die Barrikaden gehen.“ In 13 weiteren Düsseldorfer

Wohngebieten wird 2022 das Anwohnerparken eingeführt. Zusätzlich werden zwei Testquartiere für die Verkehrswende umgebaut. Die FDP spricht von einer „reinen Erziehungsmaßnahme“.

*Rheinische Post vom 1. November*

## Neue Ideen für den RRX gefordert

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus wies wie auch sein SPD-Amtskollege Markus Raub auf die hohen Zusatzkosten von mehreren hundert Millionen Euro und den Zeitverzug hin. „Wir verlieren sehr viel Zeit“, sagte der Liberale. „Wir gehen zwei Schritte zurück“, sagte auch Raub, Varianten wie die Einhausung seien geprüft und verworfen worden. Der Planungsausschuss verlangt beim Ausbau des RRX Varianten für Düsseldorfs Stadtteil Angermund. Eine Einhausung kommt wohl nicht mehr infrage. Der Planungsausschuss hat eine Initiative auf den Weg gebracht, um beim Ausbau des RRX in Angermund noch einmal Varianten wie etwa eine Einhausung zu prüfen. CDU, Grüne und Freie Wähler stimmten dafür, SPD, Linke und Partei/Klimaschutzliste dagegen. Die FDP enthielt sich.

*Rheinische Post vom 8. November*



## Haushalt 2022 – Begleitantrag FDP-Ratsfraktion zum Haushalt 2022: Rücknahme aller Kürzungen im Kulturhaushalt

Im Kulturausschuss scheiterte die FDP am Donnerstag mit ihrem Antrag, auf sämtliche Kürzungen im Kulturretat zu verzichten und stattdessen die Zuschüsse für bestimmte Einrichtungen, darunter das Asphalt Festival, das Puppentheater, die Streetart-Projekte, die Kulturliste und die Komödie sogar zu erhöhen. „Wenn wir den Kürzungsvorschlag beschließen würden, gäbe es in Düsseldorf künftig eine völlig andere Kulturpolitik, das wollen wir nicht“, sagte FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus.

*Rheinische Post vom 8. November*

## Düsseldorfer Stadtrat: Ausgerechnet der Gesundheitsausschuss wird zur Sicherheit abgesagt

FDP-Gesundheitspolitikerin Christine Rachner kann nicht nachvollziehen, warum andere Ausschüsse weiter tagen – und das Gremium, das für viele Fragen der Coronabekämpfung zuständig ist, so lange im Voraus seine Sitzung streicht. „Wir wissen nicht, welche Themen es in zwei Wochen zu besprechen gibt“, sagt Rachner. Der Düsseldorfer Stadtrat streicht erste Sitzungen zum Pandemieschutz. Die Ausschüsse für Verkehr, Wohnen oder Umweltschutz wollen sich weiterhin persönlich treffen. Ausgerechnet der Gesundheitsausschuss, der für viele Fragen der Coronabekämpfung zuständig ist, hat seine Sitzung hingegen abgesagt. Die FDP kritisiert das. Der Stadtrat hat wie auch im Vorjahr erste Ausschusssitzungen wegen der Infektionsgefahr gestrichen. Darunter ist ausgerechnet die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 30. November – also die des Fachgremiums für medizinische Themen wie die Bekämpfung der Coronapandemie. Die anstehenden Sitzungen zum Beispiel der Ausschüsse für Ordnung und Verkehr, Umwelt oder Wohnungswesen hingegen sind weiterhin terminiert. In einer am Mittwoch verschickten E-Mail an die Mitglieder des Gesundheitsausschusses heißt es, da der aktuelle Entwurf der Tagesordnung keine unaufschiebbaren Beschlussvorlagen enthalte, sei eine Durchführung der Sitzung mit Blick auf das Wohl der Teilnehmer „nicht verantwortungsvoll“.

FDP-Gesundheitspolitikerin Christine Rachner kann nicht nachvollziehen, warum andere Ausschüsse weiter tagen – und das Gremium, das für viele Fragen der Coronabekämpfung zuständig ist, so lange im Voraus seine Sitzung streicht. „Wir wissen nicht, welche Themen es in zwei Wochen zu besprechen gibt“, sagt Rachner. Die Ärztin befürwortet Vorsichtsmaßnahmen, wundert sich aber über die Gewichtung. Der Ausschuss wäre aus ihrer Sicht besonders geeignet, um Politik und Öffentlichkeit über die Coronapolitik zu informieren.

Der Stadtrat hatte am Donnerstag erstmals in der Mitsubishi Electric Halle getagt, um Abstand zwischen den Teilnehmern zu gewährleisten. Zuvor war der Rat wegen der Pandemie unter anderem in das Congress Centrum an der Messe ausgewichen. Die Fachausschüsse werden seit Anfang des Jahres auch per Live-Stream übertragen, um Besuche vor Ort überflüssig zu machen. Einige Sitzungen der nächsten Wochen fallen zudem aus, darunter auch die Sitzung des Digitalausschusses und des Seniorenrates. Im vergangenen Winter waren etliche Sitzungen gestrichen worden. Auch Parteiversammlungen sind nur unter erschwerten Bedingungen möglich: Die Grünen tagen am Samstag ebenfalls in der Mitsubishi Electric Halle.

*Rheinische Post vom 19. November*

## **Umfrage zum Leben im Lockdown: Jugendliche fürchten geschlossene Schulen**

Ratsfrau Christine Rachner (FDP) bemängelte, dass es beim Distanzlernen oft keine Kamerapflicht gab. Das mache aber Sinn, „wenn man vermeiden will, dass Schüler dem Unterricht vom Bett aus folgen“. Der Jugendrat hat rund 2100 Heranwachsende zu den Folgen der Corona-Pandemie befragt. Wie die Jugendlichen mit der Ausnahmesituation umgehen. Die Pandemie hat das Leben junger Menschen in Düsseldorf tiefgreifend verändert. Das dokumentieren die Ergebnisse einer Befragung von mehr als 2100 Düsseldorfern im Alter zwischen zehn und 21 Jahren. Umgesetzt hat sie im Februar und März der Jugendrat, am Mittwoch präsentierte Celine Holz die Ergebnisse im Jugendhilfeausschuss. Ein Blick in die Vergangenheit, dem die enorme Dynamik der vierten Corona-Welle allerdings neue Aktualität verleiht. Die Antworten der Heranwachsenden zeichnen ein gemischtes Bild vom Leben in der Pandemie. Etwa 50 Prozent der Befragten wurde damals komplett im Homeschooling unterrichtet, die andere Hälfte im Wechselmodell. Nur jeder Zweite gab an, im damals laufenden Lockdown täglich nach draußen gekommen zu sein. Bis zu zehn Stunden waren die Jugendlichen digital unterwegs. Zum einen, weil Unterricht und Hausaufgaben über Laptops und Smartphones abgewickelt wurden. Zum anderen, weil Freundschaften über Soziale Medien oder das Online-Gaming aufrechterhalten wurden. 62 Prozent der Befragten gaben an, dass die Pflege von Freundschaften schwieriger geworden sei. „Als ihre größten Sorgen nannten die Teilnehmer geschlossene Schulen und die Angst, dass Menschen sterben müssen“, sagte Holz.

*Rheinische Post vom 26. November*

## **Harsche Kritik am „Loch“ im Heine-Platz**

Das Untergeschoss vor dem Carsch-Haus bleibt ein Konfliktpunkt in der Politik. Gedacht ist es als Lichthof. Doch Im Ordnungs- und Verkehrsausschuss fand man andere Bezeichnungen dafür. Der Heinrich-Heine-Platz braucht eine Auffrischung, da ist sich die Politik einig. Wie er künftig aussehen wird, ist aber noch umstritten. Größter Konfliktpunkt ist ein „Lichthof“, den sich Karstadt-

Eigentümer Signa wünscht. Dabei handelt es sich um eine tiefergelegte Fläche, aus der Besucher ins Untergeschoss des Carsch-Hauses gelangen können. In der Diskussion im Ordnungs- und Verkehrsausschuss wurde eben dieser Licht-hof aber mehrfach als „Loch“ bezeichnet. Die Kritik an den Entwürfen kam insbesondere von der SPD-Fraktion. „Wir wollten Verbesserungen“, sagte Martin Volkenrath. Der Stadtrat hatte im Dezember eine Verkleinerung des Entwurfs gefordert, doch auch an den neuen Plänen habe sich „nichts substantiell verändert“, so Volkenrath.

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus lehnt den Hof ab, warnt vor einer Bausünde und einem möglichen Brennpunkt für die Sicherheit außerhalb der Geschäftszeiten. „Hier wird eine Chance vertan, einen wichtigen Platz umzubauen“, sagte Neuenhaus. Zudem sei der Zugang zum Kaufhaus keine Stadt-, sondern eine Investorenplanung. „Wir werden dieses Loch irgendwann bereuen“, so Jan-Philipp Holthoff (Die Partei-Klima-Fraktion). Die Neugestaltung des Heinrich-Heine-Platzes angestoßen hatte die Signa-Gruppe als Eigentümer des Carsch-Hauses. Sie hat den Architekten David Chipperfield engagiert, von dem die Planungsentwürfe stammen. Die verfügbare Fläche würde demnach von 1200 auf 2500 Quadratmeter wachsen. Der Planungsbeschluss bekam schließlich eine Mehrheit mit Stimmen der CDU und der Grünen. Der Stadtrat soll die Weiterentwicklung am 6. Dezember absegnen.

*Rheinische Post vom 27. November*



## Dezember

### Schulsport fällt wegen Hallensanierung aus

FDP-Ratsfrau Monika Lehmhaus, die auch Vorsitzende des Verein Sports Partnership ist kritisiert, dass mehrere Schulen das Nachsehen haben, weil die Stadt Rücksicht auf einen Verein nimmt. Die Stadt arbeitet noch an einer Lösung. Für Ratsfrau Monika Lehmhaus steht außer Frage, dass Schulen bei einer Belegung von Sporthallen immer Vorrang vor den Vereinen haben müssen. „Im Lehrplan ist für alle Klassen Sportunterricht angesetzt“, sagt Lehmhaus. Vor allem durch die Pandemie und die Schulschließungen hätten sich viele Kinder und Jugendliche in den vergangenen beiden Jahren zu wenig bewegt. Besonders problematisch sieht sie die Lage bei Schülern, die von ihren Eltern nicht so stark umsorgt würden.

*Rheinische Post vom 9. Dezember*

### Haushaltsdebatte in Düsseldorf: FDP fordert „Verfallsdatum“ für städtische Zuschüsse

Die Liberalen fordern, dass die Stadt Düsseldorf ihre Zuschüsse an Dritte nur noch befristet gewährt – damit die Politik regelmäßig ihren Nutzen für die Steuerzahler neu bewerten muss. Die FDP-Fraktion beantragt eine Neuerung für die städtische Finanzplanung: Nach ihrem Wunsch sollen alle Zuschüsse und Kostenerstattungen an Dritte künftig mit einem „Verfallsdatum“ versehen werden. Das würde bedeuten, dass der Rat zum Beispiel alle drei Jahre wieder darüber befinden muss, ob die Stadt weiterhin Geld etwa für eine Sozialarbeiter-Stelle bei einem freien Wohlfahrtsträger oder einem Projekt im Gesundheitsbereich gibt. Die FDP erhofft sich mehr Transparenz im Umgang mit Geld. „Natürlich kann eine Förderung auch länger laufen“, sagt Fraktionschef Manfred Neuenhaus. Bisher gelte aber: Wenn die Politik einmal ihre

Zustimmung gegeben hat, liefen Ausgaben unbefristet weiter – ohne Überprüfung, ob die Voraussetzungen überhaupt noch bestehen. „Wir wollen, dass sich die Politik alle Posten zumindest regelmäßig anschaut.“ Das Vorbild ist die Stadt Münster. Die FDP wird einen entsprechenden Antrag für die Haushaltssitzung des Stadtrats am 16. Dezember einreichen. Die Beratungen um die Stadtfinanzen stehen diesmal im Zeichen der Coronapandemie, die Stadt wird auch im kommenden Jahr Kredite für Investitionen und Liquidität brauchen. In welcher Höhe sie ausfallen, ist noch unklar. Die Ratsmehrheit aus CDU und Grünen wird erst in der kommenden Woche ihre Pläne vorstellen. Die FDP befürchtet, dass sich die Ratsmehrheit auch viele Wunschvorhaben durch Kredite finanziert. „Uns fehlt ein sorgsamer Umgang mit Geld“, so Neuenhaus. Es sei nicht immer klar zu erkennen, welche Defizite durch Corona kämen und wo Schwarz-Grün zusätzliche Ausgaben aufstapelt. Die FDP fordert, dass Düsseldorf die Rückkehr zu strukturell ausgeglichenen Haushalten nicht aus dem Auge verliert. Die Liberalen fordern in ihren Haushaltsanträgen unter anderem auch den Start eines kommunalen Wohnbauprogramms. „Für den Bau von bezahlbaren Wohnungen tun CDU und Grüne nichts“, kritisiert Neuenhaus.

*Rheinische Post vom 11. Dezember*

### **Haushaltsantrag „Intensivierung des Projektes Stadt-Wald:Wald-Stadt“**

Unser Ratsherr Ulf Montanus setzt sich in der diesjährigen Haushaltsdebatte für eine Ausweitung des Projektes „Stadt-Wald:Wald-Stadt“ in Düsseldorf ein. Der Rat hat bereits die Teilnahme am Projektauftrag des Bundesprogramms beschlossen und es wird an der Albertstraße auf 1.850qm ein „Pocketpark“ mit flächiger Baumbepflanzung entstehen. Eine wichtige Maßnahme, um mehr Regenwasserspeicher und Hitzeschutz in Düsseldorf zu ermöglichen. Das reicht aber bei weitem nicht aus, um einen spürbaren Effekt zu bewirken. Daher werden wir in der kommenden Sitzung einen Antrag für die sofortige Ausweitung des Projektes in einem Areal an der Brüsseler Straße einbringen. Für ein nachhaltiges und lebenswertes Düsseldorf!

*FDP vom 11. Dezember*



### **Haushaltsantrag: Die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern in Düsseldorf zügig erhöhen**

Eine weitere für uns wichtige Initiative für den Haushalt 2022 ist die Einführung des Punktes „Fußgängerverkehr“, für den wir jedes Jahr 1.000.000 € bereitstellen wollen. Fraktionschef Manfred Neuenhaus: „Der gestiegene Radverkehr in der Stadt ist ausgesprochen positiv zu bewerten. Vielerorts entstehen hierdurch aber nun starke Beeinträchtigungen von Fußgängerinnen und Fußgängern. Vor allem in Bereichen, in denen sich Zufußgehende und Radfahrende den Verkehrsraum teilen. Hier wollen wir schnelle Abhilfe schaffen, um Fußgängerinnen und Fußgänger besser zu schützen, ohne Radfahrerinnen und Radfahrer zu beeinträchtigen. Deshalb wollen wir mit dem jährlichen Budget überall dort schnelle und unbürokratische Abhilfe mit baulichen Maßnahmen ermöglichen, wo Probleme entstehen. Für eine Verkehrswende mit den Menschen, nicht gegen sie.“

*FDP vom 13. Dezember*

## **Haushaltsantrag: Deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!**

Auch wenn die Pandemie das Thema Wohnungsbau aus den Schlagzeilen verdrängt, bleibt es wichtig für die Zukunft unserer Stadt. Bereits im letzten Haushalt haben wir daher eine Wohnraumoffensive gefordert, die an das von uns getragene und erfolgreiche „Handlungskonzept Wohnen“ effektiv anschließt. Wir brauchen dringend deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum für die Mitte der Gesellschaft. Schwarz-Grün liefert keine Lösungen und verwaltet den Mangel. Wir wollen daher die Förderung von Baugenossenschaften als effiziente und freiheitliche Lösung beschließen, um schnell und effektiv günstigen Wohnraum zu schaffen. Städtische Grundstücke können in Erbpacht zur Verfügung gestellt und private Grundstücke mit der Baugrundförderung unterstützt werden. Im Gegenzug verpflichten sich die Baugenossenschaften zu einem maximalen Mietpreis von 7,50€ je qm. Hierzu wollen wir für 2022 600.000€ Planungsmittel erwirken und in den Jahren 2023 – 2027 jeweils 20.000.000€ zur Verfügung stellen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu mehr bezahlbaren Wohnraum für Düsseldorf!

*FDP vom 14. Dezember*

## **Haushaltsantrag: Rücknahme aller Kürzungen im Kulturretat 2022 und eine Ausweitung der Förderung der Freien Szene**

Wir fordern die Rücknahme aller Kürzungen im Kulturretat 2022 und eine Ausweitung der Förderung der freien Szene. Die Kulturbranche befindet sich durch die Pandemie in einer Krise. Gleichzeitig stellt sie aber notwendige Räume zur Verfügung, in denen Gesellschaft sich erleben und entwickeln kann. Ein dringender Bedarf in einer freiheitlichen Gesellschaft und eine Säule für die Lebensqualität in der Stadt. Ein Bedarf, dessen Wichtigkeit gerade auch durch die Pandemie noch mal deutlich unterstrichen wurde. Genau jetzt aber sollen Einsparungen im Kulturhaushalt erfolgen. Wir beantragen die Rücknahme aller Kürzungen und setzen uns im Gegensatz hierzu sogar für eine Ausweitung der Förderung der freien Kulturszene ein. Für ein vielfältiges und lebenswertes Düsseldorf!

*FDP vom 14. Dezember*

## **Haushaltsantrag: Verlängerung Rheinufersperrpromenade**

Wir setzen uns auch im Haushalt für 2022 wieder für die überfällige Verlängerung der Rheinufersperrpromenade ein. Die fertigen Pläne von Niklaus Fritsch sollen nun endlich genutzt und der finale Planungsprozess begonnen werden. Hierfür wollen wir im kommenden Jahr 600.000€ zur Verfügung stellen. Unsere Ratsfrau Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB fordert ein Ende der dauernden Verzögerungen: „Die Rheinufersperrpromenade ist noch lange nicht vollendet. Dieser große städtebauliche Wurf, darf nicht durch immerwährende Eingriffe seitens der Verwaltung kaputt gemacht werden.“ Leuchtturmprojekte wie die Rheinufersperrpromenade sind eine nachhaltige Investition in die Lebensqualität und Attraktivität einer Stadt, wie auch der Ausbau des ersten Abschnitts deutlich zeigte. Es ist an der Zeit dieses für Düsseldorf wichtige Projekt abzuschließen!

*FDP vom 15. Dezember*





### Etatsitzung des Stadtrats: Düsseldorfer FDP besteht auf ihrer Haushaltsrede

Trotz Corona will Fraktionschef Manfred Neuenhaus seine Meinung zum Etat vor dem Stadtrat äußern. Nun tun das auch die anderen Fraktionen. Der Stadtrat kommt am Donnerstag trotz der Pandemie zu einer Mammut Sitzung zusammen, um den Etat für das kommende Jahr zu beschließen – auf Drängen der FDP werden auch die Haushaltsreden im Saal gehalten, wenn auch begrenzt auf jeweils zehn Minuten. Die anderen Fraktionen hätten darauf verzichtet, werden nun aber auch ihre Reden halten. Dass die traditionellen Ansprachen zur Lage der Stadt vorab aufgezeichnet und als Stream zur Verfügung gestellt werden, um die Sitzung zu verkürzen, lehnt die FDP ab. „Wir brauchen eine lebhaft demokratische Debatte“, sagt Fraktionschef Manfred Neuenhaus. „Das geht nur, wenn wir die Reden vor den Kolleginnen und Kollegen halten können.“ Neuenhaus kritisiert, dass die Ratsmehrheit aus CDU und Grünen 30 Anträge zum Haushalt eingereicht hat – das verzögere die Sitzung mehr als die Reden. Die Sitzung am Donnerstag beginnt bereits um 9 Uhr und dürfte bis in den Abend laufen.

Auf der Tagesordnung stehen nicht nur die Beratungen über den mehr als drei Milliarden umfassenden Etat, sondern auch andere Themen, bei denen sich lange Debatten abzeichnen. Dazu gehören die Grundsatzentscheidungen zum Neubau des Opernhauses und zur Umgestaltung des Heine-Platzes, ein Papier zu Klimaschutz im Verkehr sowie ein Zwischenschritt bei der Planung der Rheinquerung für die U81. Mit Blick auf den Coronaschutz gilt eine Redezeitbegrenzung von drei Minuten, außerdem werden Masken getragen. Damit die Vertreter von Rat und Stadt die Mindestabstände einhalten können, wurde die Sitzung erneut ins Congress Center an der Messe verlegt. Wegen der Pandemie arbeitet der politische Betrieb derzeit erneut eingeschränkt. Sitzungen werden verkürzt oder abgesagt, um die Infektionsgefahr zu senken. Die FDP verfolgte diese Entscheidungen zuletzt zunehmend kritisch. Neuenhaus' Fraktionskollegin Christina Rachner bemängelt, dass auch im Januar bereits Absagen geprüft werden. Die Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde bereits gestrichen. Die Liberalen fordern, dass zwar auf den Infektionsschutz geachtet wird Sitzungen kurzgehalten werden, auf Absagen allerdings verzichtet wird. „Nicht zu tagen, ist undemokratisch“, meint Neuenhaus.

*Rheinische Post vom 15. Dezember*

### Haushaltsbegleit Antrag „Mehr Transparenz im städtischen Haushalt“

Unser Ratsherr Felix Droste macht sich für mehr Transparenz im städtischen Haushalt stark. Droste: „Wir müssen mehr Transparenz zu Thema Pensionslasten schaffen. Anschließend sollten wir in einen Dialog darüber treten, wie wir als Stadt Düsseldorf das Problem im Sinne einer Generationengerechtigkeit lösen.“

*FDP vom 15. Dezember*

### Haushaltsantrag der FDP-Ratsfraktion: „Digitalisierung von und für Jugendliche in Düsseldorf“

Unser Ratsmitglied Christine Rachner setzt sich für einen Digitalfond für Jugendliche ein. Rachner. „Mit einem Digitalfond für Jugendliche wollen wir junge Menschen in den Ausbau der Digitalisierung einbeziehen. Die Erfahrungen

der jungen Menschen aus der Zeit des Lockdowns sind wertvoll. Wir wollen von jungen Menschen lernen.“ Deshalb beantragt die FDP-Ratsfraktion für den Haushalt 2022 einen Projektfond von bis zu 10.000€ in den Haushalt einzustellen. Hiermit sollen innovative Beteiligungsformate finanziert werden, die die Digitalisierung von und für Jugendliche fördern. Mit den Mitteln dieses Fonds sollen neuartige und individuelle Beteiligungsformate zum Thema Digitalisierung für Jugendliche für neue Ideen und Erkenntnisse erarbeitet werden.

*FDP vom 15. Dezember*

## **Unsere Initiativen zur Digitalisierung in Düsseldorf**

Die Digitalisierung in Düsseldorf läuft, trotz des bemerkenswerten Einsatzes in manchen Teilen, äußerst schleppend voran. Auch die Initiative für Fördermittel zu „Smart City“ Projekten war erfolglos. Das darf nicht dazu führen, dass wir in Düsseldorf Digitalisierung weiter verschlafen. Unser digitalpolitischer Sprecher Sebastian Rehne: „„Smart City ist ein ganz wesentliches Element für eine hohe Lebensqualität in unserer Stadt und ein wichtiger Baustein moderner Klimapolitik.“ Dies gerade jetzt zu verschlafen wäre verantwortungslos, weshalb wir heute einen Finanzierungsplan für eine Smart City Strategie bis ins Jahr 2026 in den Rat einbringen. Ratsherr Sebastian Rehne weiter: „„Die konsequente Digitalisierung der Verwaltungsprozesse ist ein Wettbewerbsfaktor, sie ist ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und vor dem Hintergrund des immer größer werdenden demografisch bedingten Fachkräftemangels geradezu eine Schicksalsfrage.“ In einer weiteren Initiative wollen wir daher das Sonderbudget Digitalisierung auf jährlich 5.000.000€ erhöhen und mit einem zentralen Programmmanagement die Digitalisierung der Stadt koordiniert vorantreiben.

*FDP vom 16. Dezember*

## **Haushalt 2022: Die Stadt Düsseldorf macht weitere Schulden**

Die FDP kritisierte, dass die von Tups versprochene Haushaltsdisziplin nicht zu erkennen sei. „Dieser Haushalt ist der Beginn einer Verschuldungsorgie“, warnte Fraktionschef Manfred Neuenhaus. Im Haushaltsplan sei zu erkennen, dass Düsseldorf bis 2025 mit einer Milliarde Euro verschuldet sei. Er kritisierte, dass kein Konzept für die Finanzen erkennbar sei. Die Klimaschutzliste für den Verkehr enthält auch umstrittene Ideen, die bislang politisch nicht beschlossen sind. Kontroverse Debatten sind absehbar. So bezweifelte Ulf Montanus (FDP), dass flächendeckendes Tempo 30 überhaupt den erhofften Effekt hat.

*Rheinische Post vom 23. Dezember*

Die FDP lehnte den Haushalt ebenso wie SPD, Linke, Partei/Klima-Fraktion, AfD und Tierschutz/Freie Wähler ab. Man stünde mit diesem Etat am „Beginn der Verschuldungsorgie, die die Stadt seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr erlebt hat“, meinte Fraktionschef Manfred Neuenhaus. Und in Richtung Schwarz-Grünes Bündnis: „Sie lassen die nächsten Generationen alles bezahlen, und das ist unfair.“ Den größten Gesprächsbedarf gab es ansonsten – neben der Oper – tatsächlich bei den Baumfällungen in der Airport-City, wo ein kleines Wäldchen neuen Bürogebäuden zum Opfer fallen wird. Während der Debatte gab es einen Schlagabtausch zwischen Grüne und FDP. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die sich mit ihrer Fraktion gegen die Baumfällungen stellte, schoss gegen



den Bündnispartner der CDU. „Ich bin überrascht über die ideologische Wende bei den Grünen und über das Klimamanagement, denn jede Baumfällung ist eine Sünde“, so die FDP-Frontfrau. Grünen-Sprecher Norbert Czerwinski warf den Liberalen Heuchelei vor. „Als es um das Konzert von Ed Sheeran auf dem Messeparkplatz ging, waren Ihnen die Baumfällung wurscht.“

*Neue Rheinzeitung vom 23. Dezember*

Die Politikerinnen und Politiker im Stadtrat diskutieren seit heute Nachmittag über den städtischen Haushalt für nächstes Jahr. Die Stadt will dann rund drei Milliarden Euro ausgeben. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit betont, dass es die größten Investitionen für den Klimaschutz, die Verkehrswende, sowie den Ausbau von Schulen und KiTas geben wird. Die Stadt muss für die Finanzierung aber erneut ihre Ersparnisse angreifen. Kritik kommt von der Opposition, zum Beispiel von FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus.

*Antenne Düsseldorf vom 23. Dezember*



# BILDER DES BUNDESTAGWAHLKAMPFES 2021

Vielen Dank für Eure Unterstützung!



Herausgegeben von der Geschäftsstelle der FDP-Ratsfraktion | Fraktionsgeschäftsführer: Manfred Neuenhaus

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Marktplatz 3, 40213 Düsseldorf  
Telefon: +49 211 89 23 124

E-Mail: [fdp.ratsfraktion@duesseldorf.de](mailto:fdp.ratsfraktion@duesseldorf.de)  
Online: [www.ratsfraktion.fdp-duesseldorf.eu.org](http://www.ratsfraktion.fdp-duesseldorf.eu.org)  
Einbandsfotos von Maximilian Schade